



Halbzeitbilanz

der Arbeit

der Landesregierung Brandenburg

in der 5. Legislaturperiode 2009 – 2014

Gemeinsinn und Erneuerung
30 gute Projekte in 30 Monaten

Gerechtigkeit und Solidarität

1. Gute Arbeit: Einsatz für Mindestlöhne, Tarifbindung und Lohnangleichung
2. Sozialpartnerschaft gestärkt
3. Integrationsperspektiven für Langzeitarbeitslose – öffentlich geförderte Beschäftigung
4. Ein Brandenburg für alle
5. Daseinsvorsorge im gesamten Land sicherstellen
6. Betreuungsschlüssel in Kindertagesstätten verbessert
7. Öffentliches Schulsystem gestärkt
8. Bildungschancen für alle Kinder verbessert
9. „Schule für alle“
10. Studieren in Brandenburg ist attraktiv
11. Landesregierung hilft bei Witterungsschäden
12. Aufenthaltsbedingungen für Asylbewerber erleichtert
13. Vergangenheitsaufarbeitung intensiviert

Bürgerbeteiligung

14. Wahlalter und Hürden für Volksbegehren gesenkt
15. Soziale Netzwerke gestärkt

Haushaltskonsolidierung

16. Schuldenaufnahme reduziert
17. Einnahmen erhöht
18. Mittel gerechter verteilt

Handlungsfähiger Staat und Kommunen/Verwaltungsmodernisierung

19. Leistungsfähige Verwaltungsstrukturen auf Landes- und kommunaler Ebene
20. Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Betätigung von Kommunen verbessert

Rechtsstaat und Justiz

21. Leistungsfähige und bürgernahe Justiz

Moderne Wirtschafts- und Strukturpolitik

22. Mittel aus Konjunkturpaket II sinnvoll investiert – Brandenburg ist gut durch die Krise gekommen
23. Wirtschaftsstandort gestärkt
24. Tourismus – starker Wirtschaftsfaktor
25. Energiestrategie „Brandenburg 2030“ auf den Weg gebracht
26. Breitbandausbau im Land forciert
27. Attraktiver Medienstandort
28. Jobmotor Flughafen Berlin-Brandenburg und Standortsicherung ILA
29. Fachkräftesicherung: „Bilden – Halten – Gewinnen“

30. Brandenburg bleibt Kulturland

Fazit

Halbzeitbilanz der Arbeit der Landesregierung Brandenburg in der 5. Legislaturperiode 2009 – 2014

Gemeinsinn und Erneuerung – Leitmotive dieser Legislatur

30 gute Projekte in 30 Monaten

Der Koalitionsvertrag zwischen der SPD und der Partei DIE LINKE für die Arbeit der Landesregierung in der 5. Legislaturperiode steht unter dem Motto „Gemeinsinn und Erneuerung – ein Brandenburg für alle“. Das war und ist Richtschnur des Handelns der Koalition.

Dabei setzen wir auf Bewährtes der vergangenen Aufbau- und Konsolidierungsjahre und entwickeln neue zukunftsweisende Strategien für unser Land. Die integrierte Standortentwicklung in Regionalen Wachstumskernen, die Neuausrichtung der Innovationspolitik, sowie eine verantwortungsbewusste Energiepolitik, die sich zunehmend Erneuerbaren Energien im Interesse des Klimaschutzes zuwendet, wurden und werden fortgesetzt. Für die nachhaltige, innovative und integrierte Förderung von Wachstum wurde Brandenburg als Europäische Exzellenzregion 2011 ausgezeichnet. Mit dem Vergabegesetz, dem Gesetz zur Stärkung der kommunalen Daseinsvorsorge und der Kopplung der neuausgerichteten Wirtschaftsförderung an Tarifvertragsbindung und geringere Leiharbeiterquoten haben wir neue Akzente gesetzt. Erfolgreich waren auch die Anstrengungen, für die EU-Förderperiode ab 2014 Übergangsregelungen zu erreichen. Der Landeshaushalt wird weiter konsolidiert mit dem Ziel, am Ende des zweiten Jahrzehnts weitgehend auf eigenen Füßen stehen zu können.

Haushaltskonsolidierung bedeutet jedoch nicht Sparen um jeden Preis, sondern ein Sparen mit sozialem Augenmaß. „Gemeinsinn“ bedeutet für die Landesregierung, bessere Lebenschancen für alle zu ermöglichen, gemeinsam Verantwortung zu übernehmen, um alle Regionen des Landes und alle Brandenburgerinnen und Brandenburger zu integrieren. Deshalb steht für uns die vorsorgende Gesellschaftspolitik im Fokus, die in Menschen „investiert“ und Aufstiegs-, Bildungs- und Lebenschancen für alle bietet. Auch im Hinblick auf die unterschiedlichen Entwicklungstendenzen zwischen dem sogenannten „Speckgürtel“ und den berlinfernen Teilen des Landes halten wir fest an der solidarischen Idee „Ein Brandenburg für alle!“. Das Leitbild der Nachhaltigen Entwicklung findet Eingang in alle Fachpolitiken und wird in den 2011 von der Landesregierung beschlossenen Eckpunkten zur Nachhaltigkeitsstrategie deutlich gemacht.

Diese Prinzipien waren, sind und bleiben richtig. Die Kooperation in der Koalition hat sich dabei als verlässlich und belastbar, zielorientiert und erfolgreich erwiesen. Und die Landesregierung liegt mit ihren Vorhaben gut im Zeitplan. Zur Halbzeit der Legislaturperiode wurde bereits eine Vielzahl der Vorhaben realisiert. Exemplarisch wollen wir die Ergebnisse der Arbeit anhand von 30 guten Projekten zeigen, die in den vergangenen 30 Monaten realisiert worden sind, unter dem Motto: „Versprochen – Gehalten!“



Gerechtigkeit und Solidarität

1. Gute Arbeit: Einsatz für Mindestlöhne, Tarifbindung und Lohnangleichung

„**Gute Arbeit**“ ist eines der Kernziele der Regierungskoalition. Dazu gehören für die Landesregierung eine angemessene Entlohnung, gleichberechtigte Zugänge zu Bildung und Arbeit, Qualifizierungsmöglichkeiten, Abbau von Arbeitslosigkeit und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. „Gute Arbeit“ heißt auch, die zunehmende Polarisierung der Gesellschaft zu überwinden, auch indem Arbeitslosen Chancen zur gesellschaftlichen Teilhabe durch Arbeit eröffnet werden.

Die Landesregierung tritt von Anfang an für die Einführung von Mindestlöhnen ein. So konnte z.B. Anfang 2011 im Hartz IV-Vermittlungsverfahren zwischen Bundestag und Bundesrat, an dem Brandenburg beteiligt war, die Einführung eines **Mindestlohns für die Leiharbeit** in Form einer absoluten Lohnuntergrenze im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz erreicht werden. Ab 1. Januar 2012 beträgt das Mindeststundenentgelt im Westen Deutschlands 7,89 Euro und im Osten 7,01 Euro.



Zudem setzt sich die Landesregierung auch weiterhin für die **Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns** ein. So hat sich Brandenburg gemeinsam mit den anderen sozialdemokratisch geführten Ländern im Bundesrat für „Faire und sichere Arbeitsbedingungen durch Implementierung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohnes“ stark gemacht. Noch gibt es dafür keine Mehrheit, aber der Beschluss der Arbeits- und Sozialministerkonferenz „Zukunftsfähige und faire Arbeitsmarktpolitik gestalten“, der die Handschrift Brandenburgs trägt, stimmt optimistisch. Wir wollen den gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland. Im Blick haben wir dabei auch weiterhin die dringend erforderliche Lohnangleichung Ost-West, die noch immer bei 80 Prozent stagniert. Die Landesregierung wird nicht müde, den Arbeitgebern im Land deutlich zu machen, dass eine schlechtere Bezahlung

gleicher Arbeit innerhalb Deutschlands einen Standortnachteil bei der Fachkräftesicherung darstellt.

Von dem Oberziel der Schaffung und Erhaltung **guter und fairer Arbeitsbedingungen** im Land ließ sich die Koalition auch **bei der Neufassung der Förderrichtlinien für die kleinen und mittelständischen Unternehmen in Brandenburg** leiten. Für die seit Januar 2012 geltenden neuen Richtlinien der GRW-Förderung gilt:

- bei jedem Vorhaben muss mindestens ein Arbeits- oder Ausbildungsplatz neu geschaffen werden.
- liegt die Leiharbeiterquote zum Zeitpunkt der Bewilligung über 30 Prozent, wird nicht gefördert. Beträgt sie zwischen 10 und 30 Prozent, wird die Förderung um 20 Prozent gekürzt.
- bei der sogenannten „großen“ Richtlinie richtet sich die Höhe der Förderung nach Qualitätskriterien wie Beschäftigungseffekten, Tarifbindung, Qualifizierungsniveau der Mitarbeiter, Forschungs- und Entwicklungsintensität, Ausbildungsquote und Energieeffizienz des Unternehmens.

Mit dem „Brandenburgischen **Gesetz über Mindestanforderungen für die Vergabe von öffentlichen Aufträgen**“ wurde 2011 ein zentrales Vorhaben der Landesregierung umgesetzt. Danach werden öffentliche Aufträge nur noch an Unternehmen vergeben, die ihren Beschäftigten einen Bruttostundenlohn von mindestens acht Euro zahlen. Die Landesregierung wird den Entgeltsatz zudem regelmäßig, mindestens aber alle zwei Jahre, überprüfen.

2. Sozialpartnerschaft gestärkt

Gute Arbeitsbedingungen und eine wettbewerbsfähige Entlohnung – insgesamt „gute Arbeit“ – werden immer mehr zu einem wichtigen Standortfaktor. Um die wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Akteure im Land dabei zu unterstützen, sich dieser Herausforderung zu stellen, hat das Arbeits- und Sozialministerium (MASF) im Mai 2011 zusammen **mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) und dem Unternehmerverband Berlin-Brandenburg (UVB) eine „Gemeinsame Erklärung zur Stärkung der Sozialpartnerschaft“** unterzeichnet. Zentrale Ziele dabei sind:

Gerechtigkeit und Solidarität

- Stärkung der Handlungsfähigkeit der Tarifparteien in Brandenburg
- eine stärkere Beteiligung der bisher nicht organisierten Unternehmen und Beschäftigten
- die Weiterentwicklung von Flächentarifverträgen entsprechend den wirtschaftlichen, sozialen und demografischen Rahmenbedingungen
- Fachkräfte in Brandenburg auf der Grundlage guter Arbeitsbedingungen auszubilden, zu halten und zu gewinnen.

Im November 2011 haben MASF, DGB und UVB mit den Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden der Branchen Metall und Elektro, Chemie, Bau, Handel sowie Hotel und Gaststätten den „**Sozialpartnerdialog**“ begründet. Das Gremium tritt regelmäßig zusammen, um gemeinsame Projekte – zunächst auf dem Gebiet der Schaffung von altersgerechten Arbeitsbedingungen und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf – auf den Weg zu bringen.

Zur Stärkung der Sozialpartnerschaft hat das MASF erstmals im April 2011 unter der Schirmherrschaft des Ministerpräsidenten und gemeinsam mit dem DGB eine **landesweite Betriebsrätekonferenz** durchgeführt. Durch den Austausch mit den Betriebsräten der verschiedenen Branchen soll deutlich werden, wo es im Hinblick auf die Arbeitsbedingungen Verbesserungsbedarfe gibt. Die Betriebsrätekonferenzen sollen jährlich stattfinden.

3. Integrationsperspektiven für Langzeitarbeitslose – öffentlich geförderte Beschäftigung

Zum 01. Juli 2010 startete die Landesregierung das **Programm „Arbeit für Brandenburg“** mit dem Ziel, insbesondere älteren Langzeitarbeitslosen durch öffentlich geförderte Beschäftigungsverhältnisse berufliche und soziale Integration zu ermöglichen. Das Land knüpfte dabei an die guten Erfahrungen mit öffentlich geförderter Beschäftigung wie z.B. Kommunal-Kombi, unter dem Motto „Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren“, an. Bis Ende 2011 haben 1.539 ehemals Langzeitarbeitslose an dem Programm teilgenommen, 3/4 von ihnen waren vor der Beschäftigung länger als 36 Monate arbeitslos, fast 2/3 waren über 50 Jahre alt. Durch das Landesengagement in Höhe von 250 Euro pro Arbeitsplatz und Monat, einer Lohnuntergrenze von 7,50 Euro pro Stunde und einem zweijährigen Ar-

beitsvertrag wurde nicht nur Beschäftigung gefördert, sondern auch Grundlagen für „gute Arbeit“ geschaffen. Das kommt nicht nur bei Langzeitarbeitslosen an, sondern bedeutet auch einen Mehrwert für die Regionen im Land durch viele zusätzliche Projekte, z.B. im sozialen, kulturellen oder Umweltbereich, in Schulen und Jugendeinrichtungen.

Leider haben sich die bundesseitigen Rahmenbedingungen für die Umsetzung von „Arbeit für Brandenburg“ und damit für den Aufbau eines Öffentlichen Beschäftigungssektors seit 2011 stetig verschlechtert, sowohl durch starke finanzielle Einschnitte bei den Bundesmitteln für die Arbeitsförderung, als auch durch erhebliche Änderungen der arbeitsmarktpolitischen Instrumente. Deshalb kann nicht mehr in dem Umfang neue Beschäftigung geschaffen werden, wie es sich die Koalition noch zum Programmstart vorgenommen hatte.

Die Landesregierung wird dies zum Anlass nehmen, die Entwicklung alternativer Möglichkeiten zur Förderung Langzeitarbeitsloser zu prüfen. In diesem Zusammenhang wird gegenwärtig ein Förderprogramm erarbeitet, mit dem Langzeitarbeitslose durch zielgerichtete individuelle Förderung in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung integriert werden können und die Integrationen durch Nachbetreuungsangebote flankiert werden.

4. Ein Brandenburg für alle

Familien und Kinder haben Vorrang. An diesem Grundsatz hält die Landesregierung auch mit dem im August 2011 weiterentwickelten „**Familien- und Kinderpolitischen Programm**“ fest. Familienpolitik als Querschnittsaufgabe verstehend orientiert sich die Landesregierung damit am Leitbild des Vorsorgen-

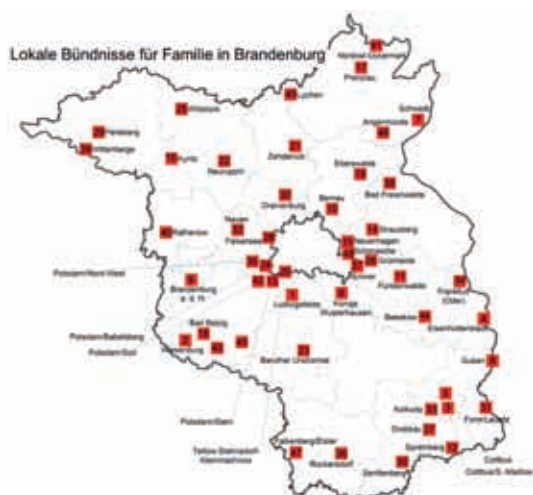


den Sozialstaates. Es geht darum, Brandenburg als Wohn- und Lebensort noch attraktiver zu gestalten; ein Leben gemeinsam mit Kindern muss wieder dauerhaft als selbstverständlich für das eigene Leben verstan-

Gerechtigkeit und Solidarität

den werden. Das bedeutet, Bedarfslagen für Familien mit Kindern zu verbessern, allen Kindern ein gesundes Aufwachsen zu ermöglichen und Eltern dabei zu stärken, in die Bildung und Erziehung ihrer Kinder zu investieren. Ziel ist es, gesellschaftliche Teilhabe mit gleichen Chancen von Anfang an zu ermöglichen. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf Alleinerziehenden und Familien mit mehreren Kindern, da dies die Bevölkerungsgruppen sind, die am häufigsten von Armut bedroht sind.

Die Entwicklung der „**Lokalen Bündnisse für Familie**“ zeigt das beeindruckende Engagement vor Ort in Sachen Familienfreundlichkeit. Die Bündnisse sind



Anlaufstelle und Drehscheibe für familienorientierte Dienstleistungen sowie für Erziehungs- und Familienberatung. Inzwischen haben sich bereits 50 „Lokale Bündnisse für Familie“ in allen Landkreisen und kreisfreien Städten etabliert. In allen Bündnissen sind die Kommunen und insgesamt über 300 Unternehmen vertreten.

Mit dem **Familienpass** erhalten Eltern und Kinder mehr als 500 ermäßigte Kultur-, Sport- und Freizeitangebote mit dem Schwerpunkt Familienbildung. Damit hat sich die Zahl der familienfreundlichen Angebote seit der Einführung des Familienpasses vervierfacht. Durch die gewährten Preisnachlässe sind gemeinsame Familienausflüge deutlich preiswerter und gewinnen an Attraktivität. Dem Ziel, für einkommensschwächere Familien die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu verbessern, sind wir damit näher gekommen.

Verbesserte Möglichkeiten, Beruf und Familie in Einklang zu bringen sowie die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Kinder sind nur zwei der Handlungsschwerpunkte des im März 2011 verabschiedeten **gleichstellungspolitischen Rahmenprogramms der Landesregierung 2011 – 2014**. Unter dem Motto „Gute Lebensperspektiven – Faires Miteinander – Neue Chancen“ werden Ziele und ein umfangreicher Katalog von Maßnahmen zur Sicherung der Chancengleichheit für Männer und Frauen formuliert. Die Umsetzung des Programms wird durch eine Gleichstellungsinitiative begleitet (www.gleichstellungsinitiative.brandenburg.de), die alltagstaugliche Antworten auf die Herausforderungen vor Ort finanziell unterstützt. So konnten bereits im ersten Programmjahr mehr als 20 Projekte realisiert werden. Unter anderem wurden im Schwerpunktprojekt „Gleichstellung in Kommunen gestalten“ in fünf Modellregionen des Landes Brandenburg wie z.B. in Rathenow, Eisenhüttenstadt oder Fürstenwalde Themen wie Fachkräftesicherung oder Frauen in der Kommunalpolitik aufgegriffen.

In Vorbereitung auf das „Europäische Jahr des aktiven Alterns und der Solidarität zwischen den Generationen“ in 2012 hat die Landesregierung ihre 2007 beschlossenen Leitlinien zur Seniorenpolitik „Alt werden im Land Brandenburg“ evaluiert und fortgeschrieben. Im Mai 2011 wurde ein **seniorenpolitisches Maßnahmenpaket** mit einer Laufzeit von 2011 bis 2014 beschlossen, das 40 konkrete Maßnahmen enthält. Dazu gehört z.B. das Projekt „Altenbewegung – Gemeinsame Aktivitäten von Jung und Alt“, in dem Altenpflegeeinrichtungen und Schulen bei der Entwicklung und Erprobung von Bewegungsangeboten für Seniorinnen und Senioren zusammenarbeiten. Das Ende 2011 gestartete Projekt „Aktiv und mobil – für ein selbstbestimmtes Leben im Alter“ will in den Landkreisen Oder-Spree und Uckermark neue praktische Lösungen für die Mobilität älterer Menschen entwickeln und erproben.

Der demografische Wandel rückt die Aufgabe, die Selbstbestimmtheit und Teilhabe pflegebedürftiger Menschen zu sichern, noch stärker in den politischen Fokus. Der Wunsch der meisten Älteren ist es, auch bei steigendem Hilfebedarf in den eigenen vier Wänden bleiben zu können. Insbesondere bei komplexen Hilfebedarfen kann dies nur mit einer aufeinander ab-

Gerechtigkeit und Solidarität

gestimmten Unterstützungsstruktur gelingen, bei der formelle Hilfen und informelle Hilfen miteinander verzahnt werden.

Deshalb definiert das **novellierte Landespflegegesetz** die Gestaltung einer sozialräumlichen Pflegepolitik als eine gemeinsame Aufgabe von Kommunen, Sozialhilfeträgern und Pflegekassen. Ein wichtiger Baustein hierbei sind die wohnortnahen **Pflegestützpunkte**. Die erste Phase ihrer Errichtung ist abgeschlossen. In jedem Landkreis und kreisfreier Stadt besteht mindestens ein Pflegestützpunkt. Alle Brandenburger Pflegestützpunkte werden von den Landkreisen und kreisfreien Städten gemeinsam mit den Pflege- und Krankenkassen betrieben.

Auch für Menschen mit Behinderungen ist die selbstbestimmte Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft sowie ein gleichberechtigtes Miteinander ein grundlegendes Bedürfnis. Brandenburg ist das zweite Bundesland, das in Umsetzung der von Deutschland 2009 ratifizierten UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen ein **behindertenpolitisches Maßnahmenpaket** vorgelegt hat. Unter aktiver Beteiligung der Betroffenen wurden in fünf Regionalkonferenzen 136 konkrete Maßnahmen, die acht Handlungsfeldern zugeordnet worden sind, definiert. Bestandteil des Handlungsfeldes „Arbeit und Beschäftigung“ sind z.B. konkrete Projekte, die Jugendliche mit Förderbedarf auf dem Weg in einen Beruf und in eine geregelte Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt unterstützen. Allein im Rahmen des Modellprojektes „Übergang Schule – Beruf“ konnten seit 2009 ca. 500 Schülerinnen und Schüler am Berufsorientierungsprogramm teilnehmen. Schon vier Jahre vor Schulabschluss finden für Eltern und Schüler regelmäßig Orientierungsgespräche zur Berufsinformation statt. Ergänzt wird das Angebot durch individuelle Kompetenzanalysen, Beratungsgespräche, Berufspraktika und Bewerbungstrainings. Das noch bis 2014 laufende Projekt wird mit rd. 2,2 Millionen Euro vom Land gefördert.

5. Daseinsvorsorge im gesamten Land sicherstellen

Gesundheitliche Versorgung

Die **flächendeckende gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung** bleibt ein zentrales Anliegen der



Landesregierung. 2011 wurde ein entsprechendes **Konzept** mit allen Akteuren der medizinischen Versorgung im Land abgestimmt.

Ein Schwerpunkt bleibt, besonders in **berlinfernen Regionen** des Landes **mehr Allgemeinmediziner** für die Eröffnung oder Übernahme einer Praxis zu gewinnen. Mit der neu gestalteten Internetseite www.arzt-in-brandenburg.de werden interessierten Ärztinnen und Ärzten Informationen über medizinische Versorgungsgrade in den einzelnen Landkreisen, Angebote von Landärzten, die für ihre Praxen einen Nachfolger suchen sowie Förder- und Unterstützungsmöglichkeiten geboten. Brandenburg hat sich zudem gemeinsam mit anderen Bundesländern dafür eingesetzt, dass die Allgemeinmedizin schon im Studium einen höheren Stellenwert erfährt. Einige Krankenhäuser sowie Landkreise bieten darüber hinaus Stipendien für Medizinstudenten an, die sich verpflichten, nach ihrem Studium in Brandenburg tätig zu werden.

Die Landesregierung schreibt derzeit den Krankenhausplan fort. Ziel ist es, **alle Krankenhausstandorte zu sichern**, um insbesondere im ländlichen Raum die Krankenhäuser in ihrer Funktion als Anker der medizinischen Versorgung zu festigen. Zur bedarfsgerechten Versorgung der Bevölkerung müssen die Profile der Krankenhäuser den sich verändernden Bedingungen angepasst werden. Der **neue Krankenhausplan** wird deshalb verstärkt die Verzahnung von ambulanter und stationärer Versorgung zum Thema machen.

Der Einsatz der nichtärztlichen Praxisassistentinnen im Modellprojekt „AGNES II“ konnte zu Beginn des Jahres 2012 durch das Engagement der Kassenärztlichen Vereinigung Brandenburg, der Barmer-Ersatzkasse und der AOK Nordost ausgeweitet werden. Zusätzlich zum Bundesprogramm AGNES kann **AGNES II** nun arzt- und praxisübergreifend in Medizinischen Versorgungszentren, Ärztenetzen oder von mehreren Ärzten

Gerechtigkeit und Solidarität

gleichzeitig in allen Regionen des Landes eingesetzt werden.

Das **bundesweit erste** und mit 1,53 Millionen Euro Konjunkturmitteln geförderte **flächendeckende Telemedizin-Netzwerk** zur Versorgung von kardiologischen Hochrisikopatienten wurde im Oktober 2011 offiziell geknüpft. Dank der Telemedizin können sich Ärzte und Risikopatienten auch in der Fläche des Landes darauf verlassen, dass eine akute Verschlechterung des Gesundheitszustandes nicht unbemerkt bleibt.

Die Lebenserwartung der Brandenburger Bevölkerung steigt. Im März 2012 hat sich auf Initiative des Gesundheitsministeriums das **„Bündnis gesund Älterwerden in Brandenburg“** gegründet. Mit dem Bündnis sollen Modelle entwickelt werden, die eine selbständige und aktive Lebensführung im Alter ermöglichen.

Aber auch die Gesundheit junger Menschen steht im Fokus der Landesregierung. Deshalb begleiten inzwischen fast 1.100 ehrenamtliche Patinnen und Paten in 18 regionalen **„Netzwerken Gesunde Kinder“** an 30 Standorten in 13 Landkreisen und zwei kreisfreien Städten etwa 4.000 Familien und Schwangere. Die „Netzwerke Gesunde Kinder“ arbeiten heute als präventives gesundheitsförderndes System – vor allem Dank der Partner im ambulanten und stationären Bereich, bei der freien Wohlfahrtspflege und den Gesundheits-, Jugend- und Sozialämtern.

Darüber hinaus führen die Gesundheitsämter ärztliche und zahnärztliche Untersuchungen bei Kindern und Jugendlichen in Kindergärten und Schulen durch, um mögliche Fehlentwicklungen frühzeitig zu erkennen. Um die Teilnehmeraten an den Früherkennungsuntersuchungen zu erhöhen, werden im Rahmen des Zentralen Einladungs- und Rückmeldewesens alle Kinder in Brandenburg zu den Früherkennungsuntersuchungen der niedergelassenen Ärzte (U6, U7, U8, U9 und J1) eingeladen. Im Mai 2011 hat die Landesregierung diese Instrumente **zur Kindergesundheit und zum Kinderschutz** evaluiert und dem Landtag einen Bericht vorgelegt. Eine Weiterentwicklung dieser Instrumente sowie die Verbesserung der gesundheitlichen Chancengleichheit der Kinder werden derzeit im Rahmen eines Entschließungsantrages zur Kindergesundheit geprüft.



Mobilität

Die Erreichbarkeit der regionalen Zentren sowie der Landeshauptstadt und Berlins ist besonders für die Bewohner der berlinfernen Landesteile wichtig. Angesichts der abnehmenden Bevölkerungszahlen und der sich damit immer weniger rentierenden Bus- und Bahnverbindungen ist die Aufrechterhaltung der öffentlichen Verkehrsverbindungen eine Herausforderung, der sich die Landesregierung stellt und auch in der 2. Hälfte der Legislaturperiode mit der **Fortschreibung des Landesnahverkehrsplans** sowie der **Novelle des ÖPNV-Gesetzes** weiter annehmen wird. Darüber hinaus unterstützt die Landesregierung innovative Mobilitätskonzepte wie z.B. Bürger- und Kombibusse.

Um die Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs im Sinne der Daseinsvorsorge auch in Zukunft sicherstellen zu können, ist auch die Förderung aus dem Entflechtungsgesetz des Bundes notwendig und weiterhin unverzichtbar.

Der **Ausbau der Bahnstrecke Berlin – Cottbus** für Geschwindigkeiten bis 160 km/h trägt zu einer schnelleren Anbindung des Landessüdens bei. Die Fahrtzeit der Bahn hat sich damit um 20 Minuten verkürzt.

Im Rahmen der Oderpartnerschaft hat sich die Landesregierung erfolgreich dafür eingesetzt, dass erstmals eine gemeinsame Karte zur grenzüberschreitenden Verkehrsplanung vorgelegt werden konnte und ein **„Runder Tisch Verkehr der Oderpartnerschaft“** eingerichtet wurde.

Stadtumbau und Stadtentwicklung

Der Bevölkerungsrückgang in vielen Brandenburger Städten führte zu einem hohen Wohnungsleerstand, in dessen Folge auch die städtischen Infrastruktureinrichtungen schnell an die Grenze ihrer wirtschaftlichen Tragfähigkeit gerieten. Mit dem „Stadtumbau Ost“

Gerechtigkeit und Solidarität

werden drei Ziele verfolgt: die Stärkung der Städte als Anker im Raum, die Stabilisierung der Wohnungsmärkte und die städtebauliche Ertüchtigung. Dazu wird der strukturelle Wohnungsleerstand durch Abriss reduziert, vor allem die Innenstädte aufgewertet und die städtische Infrastruktur angepasst. Das Bundesländer-Programm Stadtbau Ost wird auf Grund des anhaltenden Bevölkerungsrückgangs seit 2010 als „**Stadtbau Ost II**“ fortgesetzt. Im Haushaltsjahr 2010 und 2011 wurden dafür jeweils über 36 Millionen Euro bereitgestellt.

Städte und Gemeinden im ländlichen Raum, insbesondere die Mittelzentren als Orte mit zentralen, auch aus dem Umland gut erreichbaren Einrichtungen, werden darüber hinaus durch die unterschiedlichen



Programmbereiche der **Städtebauförderung** bei der Sicherung der Daseinsvorsorge unterstützt. Die Städtebauförderungsmittel werden von den Gemeinden neben der Förderung für erhaltenswerte Privatgebäude insbesondere auch für die Anpassung, den Ausbau und die Verbesserung bürgernahe Infrastrukturangebote zur Sicherung der Daseinsvorsorge eingesetzt - wie zum Beispiel Schulen, Jugendzentren und Kindertagesstätten. Hierzu wurden den Städten und Gemeinden in den Jahren 2009 bis 2011 aus den Programmen „Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen“ und „Aktive Stadtzentren“ ca. 47,8 Millionen Euro bereitgestellt. Hinzu kommen die Mittel für den städtebaulichen Denkmalschutz in Höhe von über 45 Millionen Euro in 2010 und 2011 sowie für Maßnahmen zur Aktivierung des bürgerschaftlichen Engagements im Rahmen des Programms Soziale Stadt, um Stadtteile für Wohnen und Arbeiten attraktiver zu gestalten (über 13 Millionen Euro in 2010 und 2011). Zur Unterstützung von Gemeindekooperationen wurden über den Programmbereich „Kleinere Städte und überörtliche Zusammenarbeit“ bisher ca. 4,6 Millionen Euro zugewendet. Die Finanzhilfen des Bundes im Rahmen der

Städtebauförderung wird das Land auch zukünftig in der erforderlichen Höhe gegen finanzieren.

Aus dem **Europäischen Fonds für regionale Entwicklung** wurden für die nachhaltige Stadtentwicklung in 2010 über 10 Millionen und in 2011 über 21 Millionen Euro eingesetzt. Dabei wurden mit der Erprobung von Fondsmodellen unter Verwendung von EFRE-Mitteln auch neue Wege beschritten, die zukünftige Finanzierungsspielräume eröffnen sollen.

Zum Abbau des Modernisierungstaus in der kommunalen Infrastruktur werden die Städte und Gemeinden von 2008/09 bis 2013 durch den Investitionspakt zur energetischen Erneuerung der sozialen Infrastruktur mit ca. 35 Millionen Euro unterstützt.

6. Betreuungsschlüssel in Kindertagesstätten verbessert

Eine der zentralen Zielstellungen der Landesregierung lautet: „Gute Bildung für alle von Anfang an“. Für die Erhöhung des erzieherischen Personals in Kindertagesstätten stellt das Land in dieser Legislaturperiode jährlich 36 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung. Der Betreuungsschlüssel bei den unter Dreijährigen konnte von 1:7 auf 1:6 verbessert werden. Brandenburg ist damit im Krippenbereich auf den Betreuungsstand der anderen ostdeutschen Länder aufgerückt. Erwähnt werden darf in diesem Zusammenhang auch, dass 51 Prozent der unter Dreijährigen in Brandenburg ein Angebot der Kindertagesbetreuung in Anspruch nehmen. Dieser Anteil ist mehr als doppelt so hoch wie der bundesweite Durchschnitt von 23 Prozent!

Ab dem 3. Geburtstag hat jedes Kind in Brandenburg, unabhängig von der Ausbildungs- und Erwerbssituation seiner Eltern, einen Rechtsanspruch auf einen Platz in der Kindertagesbetreuung bezogen auf eine Betreuungszeit von sechs Stunden täglich. Fast alle Eltern anspruchsberechtigter Kinder nutzen dieses Angebot: derzeit sind **95,5 Prozent der Drei- bis Sechsjährigen in der Kindertagesbetreuung!** Insgesamt lassen die Betreuungsquoten für diese Altersgruppe den Schluss



Gerechtigkeit und Solidarität

zu, dass in Brandenburg die Mehrzahl der Kinder vor dem Schulbesuch mindestens drei Jahre eine Kindertagesstätte besucht und damit gute institutionelle Voraussetzungen für eine frühe Förderung von Bildung und sozialen Kompetenzen bestehen. Darüber hinaus hat Brandenburg auch bei den Drei- bis Sechsjährigen die Gruppenstärke reduziert, auf einen Erzieher oder Erzieherin kommen jetzt zwölf Kinder. Brandenburg ist damit im Länderranking einen Platz vorgerückt.

Zur Verbesserung des Personalangebots in Kindertagesstätten (KiTas) werden in Brandenburg auf der Grundlage einer geänderten KiTa-Personalverordnung auch für berufsfeldfremde Fachkräfte qualifizierte Seiteneinstiege ermöglicht. Die **tätigkeitsbegleitende Ausbildung zur KiTa-Fachkraft** wurde über zusätzliche Standorte deutlich ausgeweitet: aktuell ist diese an zehn Standorten im Land möglich. Der Anteil der tätigkeitsbegleitenden Fachschulausbildung an der gesamten Fachschulausbildung hat sich in den letzten fünf Jahren verdoppelt, die Zahl der Fachschülerinnen und Fachschüler **mehr als verfünffacht**.

Sprachförderung ist essentiell für den späteren Bildungserfolg. Deshalb wird in die integrierte Sprachförderung für die jüngeren Kinder investiert. Mit dem Sprachförderscreening „Meilensteine der Sprachentwicklung“ wird bereits bei Kindern ab dem zweiten Lebensjahr der konkrete Förderbedarf ermittelt. Im Haushaltsjahr 2012 wird zusätzlich 1 Million Euro eingesetzt, um Erzieherinnen und Erzieher für die alltagsintegrierte Sprachförderung weiter zu qualifizieren. Hierzu erhalten alle Erzieherinnen und Erzieher von Kindertagesstätten eine fachliche Begleitung zum eigenen Sprachverhalten. Ab 2012 nehmen „Sprachfördercoaches“ in regionalen Netzwerken ihre Arbeit auf.

Im Übrigen ist **Brandenburg bei den Ganztagsangeboten bundesweit Spitze! 91 Prozent der Kinder** in den Klassen 1 bis 4 **der Grundschule** nutzen den Hort oder Angebote der offenen Ganztagschulen. Dieser Anteil liegt nicht nur deutlich über dem Durchschnittswert der westdeutschen Bundesländer (21,4 Prozent), sondern auch erheblich über der Quote der ostdeutschen Länder (75,4 Prozent).



Neugestalteter Schulcampus in Wilhelmshorst

7. Öffentliches Schulsystem gestärkt

Um die Unterrichtsqualität zu verbessern, Unterrichtsausfall zu minimieren und jungen, gut ausgebildeten Lehrkräften eine berufliche Perspektive im Land zu bieten, hatte sich die Landesregierung vorgenommen, 1.250 Lehrerinnen und Lehrer neu einzustellen.

Inzwischen hat die Landesregierung diese Zielmarke sogar auf **2.000 Lehrkräfte** bis zum Ende der Legislaturperiode erhöht. Die sehr gute Schüler-Lehrer-Relation von 15,4:1 in Brandenburg wird somit aufrecht erhalten. Allein in 2011 hat das Land 409 Lehrerinnen und Lehrer eingestellt, seit 2009 sind es bereits 1.040 Neueinstellungen. Damit leistet die Landesregierung einen wesentlichen Beitrag zur Verjüngung des Lehrkörpers.

Immer noch zu viele junge Menschen verlassen in Brandenburg die Schule ohne einen Abschluss. Um die Chancen dieser Jugendlichen auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen, hat sich die Landesregierung vorgenommen, die **Anzahl der Schulabbrecher bis 2015 deutlich zu reduzieren**. Dabei sind wir auf einem guten Weg: Verließen nach dem Schuljahr 2008/09 noch 1.938 Schülerinnen und Schüler die Schule ohne Schulabschluss, waren es 2010/11 nur noch 1.400. Seit dem Schuljahr 2010/2011 erfolgte eine verstärkte Beratung an Schulen mit unterdurchschnittlichen Schülerleistungen. Die „Initiative Oberschule“ sowie Schulverweigererprojekte werden erfolgreich fortgesetzt. Zur Erhöhung der Chancen auf einen Schulabschluss trägt auch die Reduzierung der Anzahl von Kindern an den Förderschulen „Lernen“ bei. Mit der Änderung der Sonderpädagogikverordnung bzw. der Angleichung des Anforderungsniveaus in Förderschulen an die einfache Berufsbildungsreife konnten einige Jugendliche zumindest zum landeseigenen Abschluss „der Berufsbildung entsprechend“ geführt werden.

Gerechtigkeit und Solidarität

Darüber hinaus hat die Landesregierung Maßnahmen ergriffen, um die **Unterrichtsqualität** zu verbessern. So wurde z.B. ein verbindlicher Grundwortschatz für die Grundschule festgelegt, in den Klassenstufen 2, 4 und 8 werden landesweite Orientierungsarbeiten eingeführt. Die Qualifizierungs- und Beratungsangebote für Brandenburger Lehrerinnen und Lehrer werden, z.B. in Form von Sommerakademien, weiter ausgebaut. Die Anstrengungen zur Weiterentwicklung der Unterrichtsqualität werden auch in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode fortgesetzt.

Die Koalition hat das Programm „**Musische Bildung für alle**“ auf den Weg gebracht, das zum Ziel hat, sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen den Zugang zu musischer Bildung zu erleichtern. Im Rahmen der Initiative „Klasse Musik für Brandenburg“ wurden 2010 1.250 Kinder in 50 Grundschulklassen und 2011 2.750 Kinder in 110 Klassen musikalisch gefördert.

8. Bildungschancen für alle Kinder verbessert

Chancengerechtigkeit, insbesondere für Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Familien, ist eines der zentralen Ziele der Koalition. Dies beginnt bereits beim Zugang zu Bildung. Dabei hat auch ehrenamtliche Arbeit eine wichtige integrative, motivations- und demokratiefördernde Funktion. Durch gute Vernetzung und gemeinsame Handlungsstrategien von Bildungs- und Familienpolitik mit partizipativen zivilgesellschaftlichen Elementen können erfolgreiche Bildungsprozesse gestärkt werden.

Um jedem Kind, das dazu befähigt ist, die Möglichkeit zu geben, das Abitur abzulegen, hat die Regierungskoalition zum Schuljahr 2010/11 das so genannte **Schüler-,BAföG** eingeführt. Über 1.250 Schülerinnen und Schüler kamen allein im 1. Halbjahr des Schuljahres 2011/12 in den Genuss des Schüler-,BAföG's. Fast zwei Drittel der Empfänger besuchen Gymnasien. Fast die Hälfte aller Leistungsberechtigten hatte Anspruch auf den Förderhöchstsatz von 100 Euro.

Damit Schülerinnen und Schüler, die Hartz-IV-Leistungen erhalten, durch die Gesetzesänderungen des Bundes nicht vom Bezug des Schüler-,BAföG's ausgeschlossen werden, wurde das Brandenburgische Schüler-,BAföG-Gesetz 2011 geändert. Damit konnte die Anrechnung des Schüler-,BAföG's auf Leistungen des Bundes verhindert werden.

Der **Schulsozialfonds** wird in dieser Legislaturperiode fortgeführt. Er hilft in sozialen Notfällen zeitnah und unbürokratisch, beispielsweise um bedürftigen Kindern die Teilnahme an kostenpflichtigen Ganztagsangeboten oder Exkursionen zu ermöglichen. Ca. 1,5 Millionen Euro stellt das Land jährlich dafür bereit. Antragsberechtigt sind insgesamt über 23.000 Schülerinnen und Schüler im Land.

9. „Schule für alle“

Die Landesregierung bekennt sich zum Ausbau des **gemeinsamen Unterrichts von Schülerinnen und Schülern mit und ohne sonderpädagogischem Förderbedarf**. Ziel ist es, Kinder mit besonderen Förderbedarfen in Regelschulen zu integrieren und so ihre Chancen auf einen Schulabschluss zu erhöhen. Bereits im Schuljahr 2012/13 plant das Bildungsministerium den Start von ca. 90 inklusiven Pilotschulen im Grundschulbereich.

Diesem Ziel dient auch die Ausbildung von entsprechend qualifizierten Lehrkräften, die an der Universität Potsdam **ab dem Studienjahr 2013/14** möglich sein wird. **Inklusionspädagogische Grundlagen** sind dort künftig integrativer **Bestandteil aller Lehramtsstudiengänge**.

10. Studieren in Brandenburg ist attraktiv

Der Aufbau der brandenburgischen Wissenschaftslandschaft nach der Wende ist eine Erfolgsgeschichte. 2011 begingen die nach der Wiedervereinigung neu gegründeten Hochschulen und Fachhochschulen im Land ihr 20-jähriges Jubiläum.

Ein Studium in Brandenburg bleibt auch in Zukunft attraktiv. Dazu trägt u.a. bei, dass Brandenburg auch in dieser Legislaturperiode **keine Studiengebühren** erheben wird. Auch hierin zeigt sich das Leitmotiv der



Viadrina in Frankfurt (Oder), Gräfin-Dönhoff-Gebäude

Gerechtigkeit und Solidarität

Regierungskoalition, vor allem in der Bildung mehr Chancengerechtigkeit zu schaffen. Und die **Studierendenzahlen steigen**. Zum Wintersemester 2011/12 waren an brandenburgischen Hoch- und Fachhochschulen über 51.000 Studierende immatrikuliert, davon knapp 6.100 Ausländer.

Besonders erfreulich ist auch, dass die Studierneigung der jungen Brandenburgerinnen und Brandenburger zunimmt. Und das bei abnehmenden absoluten Schülerzahlen! Insgesamt stellen Brandenburger Landeskinder ein gutes Drittel aller Studierenden im Land.

11. Landesregierung hilft bei Witterungsschäden

Sowohl 2010 als auch der Beginn des Jahres 2011 waren von Hochwasser oder weiträumigen Überschwemmungen durch intensive Niederschlagsereignisse in mehreren Landesteilen überschattet. Das Umweltministerium hat eine Arbeitsgruppe „Wassermanagement Oderbruch“ eingerichtet, die die Umsetzung des 2008 aufgelegten **Landesinvestitionsprogramms zur Verbesserung der Abflussverhältnisse im Oderbruch**



beschleunigen soll. Dazu wurden bereits neue Personalstellen geschaffen und das Investitionsvolumen auf 15 Millionen Euro erhöht. Der Abschluss der Maßnahmen ist bis 2013 realistisch. Das Innenministerium hatte 2011 Herrn Polizeipräsidenten a.D. Bruno Kupper zum Beauftragten

der Landesregierung für das Oderbruch ernannt, um die vor Ort dringend erforderlichen Arbeiten im Sinne eines integrierten Wassermanagementsystems besser zu koordinieren und mit den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern zu kommunizieren.

Das Naturereignis Hochwasser macht an regionalen und nationalen Grenzen nicht halt. Deshalb hat die Landesregierung im Juni 2011 in Potsdam eine **internationale Hochwasserkonferenz** mit Teilnehmern aus Polen und Tschechien organisiert. Ziel war die Intensivierung des Dialogs zu Themen wie länderübergreifende Planungen, Informationen über Hochwasser-

prognosen sowie ein aufeinander abgestimmter Deichbau und der gemeinsame Hochwasserschutz.

Bis Ende 2013 werden die Hochwassergefahren für alle Gewässer mit signifikantem Hochwasserrisiko erfasst. Bis Ende 2015 werden **Hochwasserrisikomanagementpläne** erstellt. Darin sollen u. a. weitere Retentionsflächen in Flussgebieten ausgewiesen werden, damit natürliche Rückhalteräume zur Entlastung und Schadensminimierung genutzt werden können. Eine weitere Gewinnung von Retentionsflächen ist z.B. an der Elbe im Raum Mühlberg und an der Oder in der Neuzeller Niederung vorgesehen.

Witterungsschäden haben in 2010 den Landwirten stark zugesetzt. Die Landesregierung hat ein **Hilfsprogramm** in Höhe von drei Millionen Euro aufgelegt. In 2011 sind davon über 2,9 Millionen Euro ausgezahlt worden. Für Frostschäden in 2011 hat die Landesregierung weitere 800.000 Euro bereitgestellt.

12. Aufenthaltsbedingungen für Asylbewerber erleichtert

Im Juli 2010 hat die Landesregierung die sogenannte **Residenzpflicht für Asylbewerber abgeschafft**. Seither dürfen sich Asylbewerber und geduldete Flüchtlinge frei im Land bewegen und erhalten zudem – dank eines gemeinsamen Erlasses mit Berlin – auch länderübergreifende Bewegungsfreiheit.

Im Bundesrat unterstützt Brandenburg gemeinsam mit anderen Ländern zudem einen Gesetzentwurf Schleswig-Holsteins, der ein Bleiberecht für langjährig Geduldete bei nachhaltiger Integration vorsieht.

13. Vergangenheitsaufarbeitung intensiviert

Der Landtag Brandenburg hat zu Beginn der Legislaturperiode erstmals seit 1990 eine Überprüfung aller Abgeordneten auf frühere Stasi-Tätigkeit beschlossen. Der Bericht wurde im Januar 2012 vorgelegt.

Die Arbeit der neu eingesetzten **Enquete-Kommission** des Landtages Brandenburg zur „Aufarbeitung der Geschichte und zur Bewältigung der Folgen der SED-Diktatur sowie des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg“ wird seitens der Landesregierung aktiv begleitet und unterstützt.

Die Landesregierung hat die **Rehabilitierung und** damit auch als Folgeleistung die **Entschädigung der Opfer von SED-Unrecht beschleunigt**. Durch die per-

Gerechtigkeit und Solidarität

sonelle Aufstockung der zuständigen Stelle im Innenministerium ist eine schnellere Prüfung und Entscheidung der Anträge möglich. Die Frist für die Antragstellung wurde bis 31.12.2019 verlängert.

Im März 2010 nahm die frühere DDR-Bürgerrechtlerin Ulrike Poppe ihre Tätigkeit als erste Brandenburgische „**Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur**“ auf.

Die **Förderung von Gedenkstätten** wie z.B. der Potsdamer Gedenkstätte Lindenstraße 54/55 wurde aufgestockt. Das ehemalige Cottbuser Stasi-Gefängnis soll Gedenkstätte werden. Land und Bund stellen dafür Fördergelder in Höhe von zwei Millionen Euro bereit.



Gedenkstätte Lindenstraße 54 / 55

Bürgerbeteiligung

14. Wahlalter und Hürden für Volksbegehren gesenkt

Mit der **Absenkung des Wahlalters auf Kommunal- und Landesebene auf 16 Jahre** hat die Regierungskoalition gemeinsam mit der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der FDP im brandenburgischen Landtag deutlich gemacht, dass sie junge Menschen verstärkt für die aktive Beteiligung an politischen Prozessen gewinnen will. Brandenburg ist nach Bremen das zweite Bundesland, in dem Jugendlichen ab 16 das Wahlrecht auf Landesebene zugesprochen wird.

Große Infrastrukturvorhaben brauchen die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger. Um deren Möglichkeiten der Willensbekundung und politischen Partizipation zu stärken, wurden in Brandenburg Ende 2011 die **Hürden für eine Beteiligung an Volksbegehren gesenkt**. Der Zeitraum für die Sammlung von Unterschriften wurde von vier auf sechs Monate erhöht sowie die Eintragungsmöglichkeiten räumlich erweitert und die Möglichkeit der brieflichen Unterstützung von Volksbegehren eingeführt.

Beide Änderungen sind wesentliche Schritte zur Stärkung der demokratischen Mitbestimmung.



Ministerpräsident Platzek überreicht den 500. FreiwilligenPass

15. Soziale Netzwerke gestärkt

33 Prozent der über 14-jährigen Brandenburgerinnen und Brandenburger engagieren sich laut dem 3. Freiwilligensurvey 1999 – 2009 ehrenamtlich. Damit liegt Brandenburg knapp über dem Durchschnitt der ostdeutschen Länder (30 Prozent). Die Landesregierung unterstützte nicht nur im Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011 ehrenamtlich tätige Menschen im Land. Ein FreiwilligenPass zur Anerkennung der geleisteten Arbeit wurde eingeführt. Bis Ende Januar 2012 konnten bereits **über 1200 FreiwilligenPässe** ausgegeben werden. Ebenfalls im Januar 2012 konnte die Landesregierung den 50. „Ehrenamtler des Monats“ auszeichnen. Für Ende 2012/Anfang 2013 ist in Kooperation mit der Stadt Potsdam die **Einführung einer Ehrenamtskarte** geplant, die für Ehrenamtler Vergünstigungen, z.B. bei der Nutzung von Kultur- und Sporteinrichtungen, bieten wird.

Auch die Angehörigen der **Freiwilligen Feuerwehren** und der im Katastrophenschutz mitwirkenden Hilfsorganisationen engagieren sich ehrenamtlich. Auch hier führen die Auswirkungen des demografischen Wandels allerdings dazu, dass viele Feuerwehrangehörige und Helfer altersbedingt ausscheiden und zu wenig junge Menschen nachrücken bzw. die noch im Ort verbliebenen mit Beginn der Berufsausbildung oder Aufnahme eines Studiums wegziehen. Das Innenministerium unterstützt deshalb die Gemeinden bei der **Nachwuchssicherung**, z.B. durch die Ausreichung von Mitteln aus der Konzessionsabgabe Lotto. Auch die in den vergangenen Jahren modernisierte Landesschule in Eisenhüttenstadt dient der Förderung der Nachwuchsgewinnung in den öffentlichen Feuerwehren und den Organisationen des Katastrophenschutzes, indem dort eine sachgerechte und bedarfsorientierte Ausbildung durchgeführt werden kann.

Im Dezember 2011 hat die Landesregierung die „Verordnung über die Erteilung einer Fahrberechtigung an Angehörige der Freiwilligen Feuerwehren, des Technischen Hilfswerks und sonstiger Einheiten des Katastrophenschutzes (**Fahrberechtigungsverordnung**)“ auf den Weg gebracht. Die Verordnung eröffnet den in der freiwilligen Hilfeleistung mitwirkenden öffentlichen Feuerwehren und Organisationen des Katastrophenschutzes die Möglichkeit, ihre Angehörigen selbst zum Führen von Einsatzfahrzeugen mit einer zulässigen

Bürgerbeteiligung

Gesamtmasse von bis zu 7,5 Tonnen auszubilden und zu prüfen. Die Bewerber müssen mindestens zwei Jahre im Besitz einer allgemeinen Fahrerlaubnis der Klasse B sein.

Die **Ausstattung von Stützpunktfeuerwehren** wird weiter konsequent fortgesetzt. Seit dem Beginn der Förderung im Januar 2007 wurde die Beschaffung von insgesamt 223 Einsatzfahrzeugen mit ca. 28,8 Millionen Euro unterstützt. Die Bereitstellung der Finanzmittel für qualifizierte Fahrzeugtechnik ist vor allem eine Würdigung der Tätigkeit der mehr als 46.000 ehrenamtlichen Feuerwehrangehörigen im Land Brandenburg.

Auf einem Demografie-Forum im September 2011 in Potsdam wurde das **Demografienetzwerk Brandenburg** zur Vernetzung der vielen lokalen Initiativen und Projekte im Land gegründet. Im November 2011 hat die Landesregierung ihren **3. Demografiebericht** vor-

gelegt. Er prognostiziert nicht nur die demografische Entwicklung in Brandenburg bis 2030, sondern definiert die künftigen politischen Herausforderungen in sechs Leitthemen. Darüber hinaus werden die umfangreichen Erfahrungen, die mittlerweile in vielfältigen Projekten und Maßnahmen zur Gestaltung des demografischen Wandels in Brandenburg gesammelt wurden, dargestellt. U.a. werden die Projekte „Kombibus“ in der Uckermark sowie „Jugend Mobil“ in Kyritz und Finsterwalde als **Modellvorhaben des Bundes** unter dem Motto „Daseinsvorsorge 2030“ gefördert.

Darüber hinaus wird die Zivilgesellschaft im Land über zahlreiche zentrale und dezentrale Projekte im Rahmen des Programms „**Tolerantes Brandenburg**“ gestärkt. Die aktuellen Erkenntnisse über die Zwickauer Neonazizelle und die erneut aufgeflamnte Debatte über ein NPD-Verbotsverfahren zeigen, dass Staat und Gesellschaft wachsam bleiben müssen bei der Bekämpfung extremistischer Tendenzen und Gruppierungen.



Haushaltskonsolidierung

Haushaltskonsolidierung

Die Landesregierung setzt den Kurs einer soliden Finanzpolitik fort. Das ist zum Einen eine Frage der Generationengerechtigkeit. Weniger Schulden eröffnen mehr Spielräume für eine aktive Gestaltung der Gegenwart zur Sicherung der Zukunft für unsere Kinder. Zum Anderen ist die Haushaltskonsolidierung aber auch notwendig, denn bis zum Ende des Jahrzehnts wird Brandenburg mit deutlich weniger Einnahmen auskommen müssen. Die Solidarpaktmittel laufen bis 2019 aus, die Förderung aus den EU-Strukturfonds wird ab 2014 spürbar zurückgehen und die Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich werden aufgrund des Bevölkerungsrückgangs weiter sinken. Gleichzeitig sind Brandenburg, wie allen anderen Bundesländern auch, mit der Umsetzung der sogenannten „Schuldenbremse“ Grenzen bei der Aufnahme neuer Kredite gesetzt. Die Landesregierung stellt sich aktiv auf diese Herausforderungen ein. Sie tut dies mit einem Maßnahmen-Dreiklang aus Schuldenaufnahme reduzieren, Einnahmen erhöhen sowie einer gerechteren Verteilung der Mittel im Land.

16. Schuldenaufnahme reduziert

Die Landesregierung hält an ihrem Ziel fest, die **Nettokreditaufnahme bis 2014** auf Null zurückzuführen. Bereits 2010 hatte die Landesregierung deutlich weniger



Kredite aufgenommen als geplant. 2011 mussten sogar keine neuen Schulden aufgenommen werden. Im aktuellen Landeshaushalt für 2012 sowie geplant auch für den Doppelhaushalt 2013/14 wird die Höchstgrenze für mögliche neue Schulden weiter gesenkt. Damit wird Brandenburg die vom Bund ab 2020 geforderte „Schuldenbremse“ schon ab 2014 einhalten.

Mit dem finanzpolitischen Konsolidierungskurs sind erhebliche Anstrengungen bei allen Ressorts verbunden. Denn trotz steigender Personalkosten und sinkender

Zuwendungen des Bundes und der Europäischen Union ist es dem Land gelungen, sowohl die Prioritäten der rot-roten Koalition - Bildung, Wissenschaft und soziale Teilhabe - mit zusätzlichen Mitteln auszustatten, als auch das Haushaltsvolumen nahezu stabil zu halten. Möglich ist dies nur durch eine Vielzahl kleinteiliger Einsparmaßnahmen in allen Einzelhaushalten, die seit 2010 konsequent in die Haushaltskonsolidierung einbezogen worden sind.

Trotz des harten Sparkurses gilt: in Brandenburg wird der Landeshaushalt nicht auf Kosten der Kommunen saniert – durchaus im Unterschied zu anderen Bundesländern.

17. Einnahmen erhöht

Zum 01. Januar 2011 wurde die Grunderwerbsteuer von **3,5 auf 5 Prozent erhöht**. Entgegen dem von der Opposition prognostizierten Einbruch bei den Grundstückskäufen sind diese von Januar bis Dezember 2011 um rund 1.600 gestiegen. Statt der erwarteten 37,5 Millionen Euro konnte das Land 2011 Mehreinnahmen von 61,9 Millionen Euro verbuchen wovon auch die Kommunen zu 20 Prozent über den Finanzausgleich profitieren. Inzwischen sind weitere Bundesländer dem Beispiel Brandenburgs gefolgt.

Die Landesregierung hat sich im Dezember 2011 entschieden, im Bundesrat eine Initiative zur **Anhebung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensteuer von 42 auf 49 Prozent** einzubringen. Diese Anhebung soll bei einem Einkommen für Alleinstehende ab 100.000 Euro und bei Ehepartnern ab 200.000 Euro greifen. Eine solche Erhöhung wäre sozial gerecht, da sie sich nur auf die Besserverdienenden auswirken würde, kleine und mittlere Einkommen aber nicht belastet. Die **Bundesratsinitiative Brandenburgs** wird von weiteren SPD-geführten Bundesländern unterstützt.

Durch die am 20. Dezember 2011 in Kraft getretene Änderung des Brandenburgischen Wassergesetzes wurde das Wassernutzungsentgelt für Sumpfungswasser aus dem Tagebau deutlich angehoben. Die Mehreinnahmen kommen der nachhaltigen Gewässerbewirtschaftung zugute.

Haushaltskonsolidierung

18. Mittel gerechter verteilt

Aufgrund erheblicher Unterschiede in der Steuerkraft zwischen den einzelnen Gemeinden ist der kommunale Finanzausgleich in Brandenburg ein wichtiges Instrument, um die Unterschiede in der Finanzkraft der Kommunen auszugleichen und die Erfüllung der staatlichen Aufgaben auf relativ gleichmäßigem Niveau sicherzustellen. Kernelement der seit 2011 geltenden gesetzlichen Neuregelungen des **kommunalen Finanzausgleichs** ist daher neben den allgemeinen

Schlüsselzuweisungen des Landes ein horizontaler Ausgleich zwischen den Gemeinden unter Berücksichtigung der Steuerkraftunterschiede. Mit der Schaffung der Finanzausgleichsumlage für Gemeinden mit überdurchschnittlichen Steuereinnahmen, der Einführung eines demografischen Faktors, der den am stärksten vom Bevölkerungsrückgang betroffenen Kommunen helfen soll und der Streichung der Hauptstadtmitel für Potsdam ab 2012 wird der Solidargedanke unter den Gemeinden gestärkt.

Handlungsfähiger Staat und Kommunen / Verwaltungsmodernisierung

Handlungsfähiger Staat und Kommunen / Verwaltungsmodernisierung

19. Leistungsfähige Verwaltungsstrukturen auf Landes- und kommunaler Ebene

Die demografische Entwicklung und die Haushaltskonsolidierung haben auch Auswirkungen auf den Personalbestand der Landesverwaltung. Die im Juni 2011 beschlossene **Personalbedarfsplanung 2015** hat die Weichen für die kommenden Jahre gestellt. Ab 2016 werden nur noch ca. 45.000 landesfinanzierte Beschäftigte in der Landesverwaltung tätig sein (aktuell sind es noch 48.490 landesfinanzierte Stellen).

Parallel zur Stellenreduzierung kümmert sich die Landesregierung intensiv um die Gewinnung von Nachwuchskräften. Allein in dieser Legislaturperiode werden 2.000 neue Lehrerinnen und Lehrer eingestellt. Alle Geschäftsbereiche verfügen über Möglichkeiten, neue Fachkräfte einzustellen. Bis Ende 2015 stehen insgesamt 1.775 Stellen für AnwärterInnen und 669 Azubi-Stellen zur Verfügung.

Die Landesregierung hat sich zudem auf Änderungen bei der langfristigen Personalperspektive bis 2020 verständigt. Auch um die derzeitige Lehrer-Schüler-Relation von 1 zu 15,4 als eine der besten in Deutschland halten und zugleich kontinuierlich junge Lehrerinnen und Lehrer einstellen zu können, wurde die ursprüngliche Zielmarke von 40.000 landesfinanzierten Stellen auf 2022 verschoben.

Die Landesregierung setzt auch in dieser Legislaturperiode wesentliche Maßnahmen zur Modernisierung der Landesverwaltung um. Ein **Maßnahmenkatalog** ist im November 2011 vorgestellt worden. Zentrale Anliegen sind z.B. leistungsfähige Strukturen bei den Schulämtern und im Hochschulbereich. Die Umsetzung eines Justizvollzugskonzeptes zur organisatorischen Neuordnung des JVA-Bereichs wird vorbereitet. Die wesentlichen Strukturveränderungen für eine handlungs- und zukunftsfähige Landespolizei wurden bereits umgesetzt. Einige Landesaufgaben wurden auf die Gewässerunterhaltungsverbände verlagert. Andere Vorhaben zielen auf die Bündelung staatlicher Aufgaben, z.B. in den Servicebereichen wie der ZBB. Zudem sollen Kooperationen mit Berlin und die Kommunalisierung weiterer Landesaufgaben geprüft werden.

Auch der Landtag hat sich vor dem Hintergrund des demografischen Wandels vorgenommen, die Aufgabenverteilung zwischen Land, den Landkreisen und den Kommunen zu überprüfen sowie Vorschläge für eine zukünftige, tragfähige Struktur der öffentlichen Hand im Land zu entwickeln. Eine **Enquetekommission** „Kommunal- und Landesverwaltung – bürgernah, effektiv und zukunftsfest – Brandenburg 2020“ wurde eingesetzt. Die Vorlage eines Zwischenberichts ist im Sommer 2012 vorgesehen.

Im März 2011 hat der Landtag auf Initiative der Landesregierung das sogenannte **Standarderprobungsgesetz** um weitere fünf Jahre **verlängert**. Das Gesetz ermöglicht es brandenburgischen Kommunen, für einen begrenzten Zeitraum von landesrechtlichen Regelungen abzuweichen, um eigene Ideen für mehr Service und weniger Bürokratie vor Ort auszuprobieren. Bei funktionierenden, tragfähigen Lösungen besteht die Möglichkeit der generellen Änderung gesetzlicher Regelungen. Dies war z.B. beim Schulgesetz der Fall (stimmberechtigte Teilnahme des Schulträgers an der Schulkonferenz).

Guter Service, kostengünstige Entscheidungen und einfache Antragsverfahren sind grundlegende Anliegen der Landesregierung. Schon jetzt sind in Brandenburg beispielsweise Gewerbebeanmeldungen und die Ausschreibung und Vergabe von Aufträgen auf elektronischem Wege möglich. Die elektronische Beantragung von Baugenehmigungen ist in Vorbereitung und soll bis zum Ende der Legislaturperiode realisiert werden.

Handlungsfähiger Staat und Kommunen / Verwaltungsmodernisierung

20. Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Betätigung von Kommunen verbessert

Im Dezember 2011 hat der Landtag das **Gesetz zur „Stärkung der kommunalen Daseinsvorsorge“ beschlossen**. Das Gesetz erleichtert es brandenburgischen Kommunen, Leistungen der Daseinsvorsorge z.B. bei der Versorgung mit Strom, Gas, Wasser oder Fernwärme sowie bei der Abwasser- und Abfallentsorgung, im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) oder bei der Krankenhausversorgung selbst oder durch eigene Unternehmen anzubieten. Private Anbieter müssen grundsätzlich nur dann beauftragt werden, wenn sie ihre Leistungen wirtschaftlicher erbringen

können. Zugleich wird die Betätigung außerhalb des Gemeinde- und Kreisgebiets erleichtert und die Zulässigkeit von Nebenleistungen ausgeweitet.

Die Gleichstellung der Kommunalwirtschaft mit der Privatwirtschaft bei gleicher Qualität, Zuverlässigkeit und gleichen Kosten und damit die Chance auf einen „Wettbewerb auf Augenhöhe“ war eines der prioritären Vorhaben der Koalition. Kommunale Eigenverantwortung und Handlungsspielräume wurden so gestärkt und die Rahmenbedingungen für die öffentliche Daseinsvorsorge – gerade dort, wo der Markt sich zurückzieht – verbessert.



Rechtsstaat und Justiz

21. Leistungsfähige und bürgernahe Justiz

Mit dem im Dezember 2011 im Landtag beschlossenen Gesetz zur „**Neuordnung von Land-, Amts- und Arbeitsgerichtsbezirken**“ und zur Änderung von Vorschriften der Gerichtsorganisation“ wurden die Weichen für eine auch weiterhin leistungsfähige und zugleich bürgernahe Justiz im Flächenland Brandenburg gestellt.



Amtsgericht Zehdenick

Mit dem Erhalt aller Gerichtsstandorte haben die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, ihre Rechte weiterhin ortsnah durchsetzen zu können. Die Rechtsprechung vor Ort gewährleistet eine hohe Effizienz der Rechtsgewährung und festigt das Vertrauen in und die Akzeptanz der Justiz. Zugleich wurden die Landgerichtsbezirksgrenzen neu geordnet, damit die Justiz in Brandenburg auch künftig ihre Aufgaben in hoher Qualität und ortsnah erfüllen kann.

Moderne Wirtschafts- und Strukturpolitik

Moderne Wirtschafts- und Strukturpolitik

22. Mittel aus Konjunkturpaket II sinnvoll investiert
Über eine halbe Milliarde Euro ist in Brandenburg zwischen 2009 und 2011 durch das Konjunkturpaket II zusätzlich investiert worden: 343 Millionen Euro kamen vom Bund, 68 Millionen Euro vom Land und 46 Millionen Euro von den Kommunen. Aufgestockt wurde das Paket zudem mit 127 Millionen Euro durch einzelne Projektträger.

Auch Dank des Konjunkturpakets II ist das Land gut durch die Krise gekommen. Brandenburg und seine Bürger konnten von nachhaltigen Investitionen vor allem in Bildung und öffentliche Infrastruktur profitieren. So wurden z.B. das Gymnasium in Stahnsdorf und eine Mehrzweckhalle am Potsdamer Luftschiffhafen neu gebaut.



Energetische Sanierung eines Sportobjektes in Spremberg

Fast zwei Drittel der Mittel sind in **Bildung**, Wissenschaft und Forschung **investiert** worden. Zum Stichtag Ende März 2012 erhielten allein die Hochschulen 60 Millionen Euro. An den Brandenburger Schulen wurden insgesamt 312 Millionen Euro investiert. Davon entfielen auf die Schulen in freier Trägerschaft fast 15 Millionen Euro. In die Infrastruktur wie z.B. die energetische Sanierung von Krankenhäusern, Straßen- und Städtebau flossen 37 Prozent der Mittel. Das drittgrößte Investitionsvorhaben überhaupt war die Sanierung des Bettenhauses des Klinikums „Ernst von Bergmann“ in Potsdam.

Mehr als die Hälfte der Mittel haben die Kommunen in eigener Verantwortung verausgabt. Auf diese Weise konnte tatsächlich jede Gemeinde in Brandenburg von dem Konjunkturprogramm profitieren.

Die zusätzlichen Finanzmittel trugen wesentlich zu einer Verbesserung der Auftragslage vor allem bei den kleinen und mittelständischen Unternehmen in Brandenburg bei.

23. Wirtschaftsstandort gestärkt

In dieser Legislaturperiode wird die 2005 begonnene regionale und sektorale Neuausrichtung der Förderpolitik nach dem Motto „**Stärken stärken**“ fortgeführt und mit neuen Akzenten weiterentwickelt. Damit sollen die Standortattraktivität des Landes Brandenburg weiter verbessert, Wachstum und Beschäftigung gestärkt sowie eine sozial und ökologisch ausgerichtete Entwicklung unterstützt werden. Ziel ist es, Brandenburg als modernen und international wettbewerbsfähigen



Wirtschaftsstandort weiter zu profilieren. Die 15 **Regionalen Wachstumskerne (RWK)** wurden in dieser Legislaturperiode durch unabhängige Gutachter **evaluiert**. Die Politik der Landesregierung, an den regionalen Potenzialen der starken Standorte im Land anzusetzen und diese gezielt zu entwickeln, wurde vollauf bestätigt. Zudem haben die Gutachter den RWK als wirtschaftsstrukturelle Anker vor Ort eine hohe Bedeutung für den regionalen Arbeitsmarkt bescheinigt. Die Landesregierung hat daher im Februar 2011 auf der Grundlage dieser Ergebnisse entschieden, dass alle im Jahr 2005 ausgewiesenen RWK ihren Status bis auf Weiteres behalten. In der laufenden Legislaturperiode wird die Arbeit in und mit den RWK qualitativ weiterentwickelt. Dazu zählt insbesondere eine noch stärkere strategische Ausrichtung auf prioritäre Vorha-

Moderne Wirtschafts- und Strukturpolitik

ben und die Umsetzung wichtiger Schwerpunktthemen, darunter vor allem Fachkräftesicherung, Wissens- und Technologietransfer sowie Umlandkooperation.

Die RWK sind inzwischen weit über die Landesgrenzen hinaus bekannte Beispiele für eine moderne, integrierte Struktur- und Standortpolitik.

Die wirtschaftspolitische Strategie setzt unter dem Motto „Stark für die Zukunft – Kräfte bündeln“ neue Akzente. Wichtigste Vorhaben sind die **Mittelstandsstrategie** „Brandenburg – Europäische Unternehmerregion 2011“, die **Weiterentwicklung** ausgewählter bisheriger **Branchenkompetenzfelder zu Clustern** im Rahmen der Clusterstrategie, die auch die **Gemeinsame Innovationsstrategie Berlin-Brandenburg** (innoBB) umfasst, und der Aktionsplan „ProIndustrie“, der eine Reihe von Maßnahmen zur qualitativen und quantitativen Entwicklung der industriellen Basis im Land Brandenburg enthält.



Einen entscheidenden Anteil am wirtschaftlichen Erfolg des Landes hat die **Zukunftsagentur Brandenburg** (ZAB). Seit ihrer Gründung vor 11 Jahren hat die ZAB **900 Ansiedlungsprojekte** mit einem **Investitionsvolumen von rund 7 Milliarden Euro** sowie 2.500 Innovationsprojekte und technologieorientierte Existenzgründungen betreut und eine Vielzahl von Unternehmen außenwirtschaftlich beraten. 120 Investoren kamen aus dem Ausland. Insgesamt sind dadurch mehr als **32.000 Arbeitsplätze** entstanden – flächendeckend in allen Regionen des Landes. Die Außenwirtschaft konnte in den letzten Jahren erheblich gesteigert werden. Rund 6,6 Milliarden Euro setzten die brandenburgischen Industrieunternehmen im vergangenen Jahr im Ausland um; 21,8 Prozent mehr als 2010. Nachfolgend seien einige Beispiele für die Ansied-

lungserfolge der ZAB genannt:

Die Luftfahrtindustrie hat mit dem Mechanical Test Operation Centre des Rolls Royce Konzerns eine Top-Einrichtung im Land hinzugewonnen. Der internationale Technologiekonzern **Siemens** wird bis 2014 in Ludwigfelde ein **neues Testzentrum für Gasturbinen** errichten. Wenige Monate vor der Eröffnung des nahegelegenen Flughafens Berlin Brandenburg BER ist dies ein Beweis für die Anziehungskraft des wirtschaftlichen Umfelds um den künftigen Flughafen.

Die Entscheidung des weltweit agierenden Softwareentwicklers **SAP**, in Potsdam sein **Innovationszentrum** anzusiedeln, belegt eindrucksvoll die Attraktivität Brandenburgs als Unternehmensstandort für Forschung und Entwicklung. Die bis zu 100 Arbeitsplätze, die entstehen sollen, werden nicht nur hochqualifizierte Menschen nach Potsdam und Umgebung ziehen, sondern auch ortsansässigen Hochschulabsolventen eine berufliche Perspektive in Brandenburg bieten.

Die Eröffnung des **neuen Vertriebszentrums** für den Online-Versandhandel **Zalando** in Brieselang im Juli 2011, die Inbetriebnahme des Lekkerland Logistik Zentrums im GVZ Großbeeren sowie das neue Logistik-Zentrum der REWE-Gruppe in Oranienburg stärken die Position der Hauptstadtregion als Logistikstandort. Nach einer Studie von BNP Paribas ist Berlin-Brandenburg aktuell hinter Hamburg die zweitstärkste Logistikregion in Deutschland. In der Branche sind allein in Brandenburg ca. 85.000 Menschen beschäftigt.

Biotechnologie und Gesundheitswirtschaft haben sich in den letzten Jahren mit rund 21.000 Arbeitsplätzen sowie überdurchschnittlichen Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten zu einem leistungsfähigen Innovationscluster mit überregionaler Ausstrahlung entwickelt. Technologisch bedeutsame Ansiedlungen sind z.B. die **Immunservice GmbH**, die neue Therapien zur Behandlung von Krebspatienten entwickelt oder die **Pentracor GmbH**, die innovative Methoden zur



Moderne Wirtschafts- und Strukturpolitik

Früherkennung von Herzinfarkten entwickelt. Mit dem Aufbau des **Zentrums für Molekulare Diagnostik und Bioanalytik** werden Grundlagenforschung, Technologieentwicklung, klinische Forschung und industrielle Anwendung für die Entwicklung und Produktion innovativer Diagnostika in Berlin und Brandenburg gebündelt.



Wie kraftvoll Brandenburg auf der wirtschaftlichen Erfolgsspur ist, zeigen die Auszeichnungen und Ehrungen: 2011 bereits zum zweiten Mal **Platz Eins im Dynamikranking der Bundesländer**, 2008 und 2010 die Verleihung des **Leitsterns erneuerbare Energien** sowie die Kür des Landes zur **Europäischen Unternehmerregion 2011**.

Aber auch die **kontinuierliche Senkung der Arbeitslosenzahlen** spricht für sich. In Brandenburg ist die Arbeitslosenquote im Jahresmittel 2011 auf den tiefsten Stand seit 20 Jahren gesunken. Trotz dieser positiven Entwicklung sind nach Auffassung der Landesregierung noch immer zu viele Menschen in Brandenburg ohne Arbeit.

24. Tourismus – ein starker Wirtschaftsfaktor

Der Tourismus in Brandenburg hat sich mit **mehr als elf Millionen Übernachtungen pro Jahr** zu einem wichtigen Wirtschaftszweig entwickelt. Seit 1993 hat Brandenburg damit bundesweit die viertbesten Zuwächse bei den absoluten Übernachtungszahlen erreicht. Und das solide Wachstum setzt sich fort: 2011 waren die Übernachtungszahlen erneut um 4,4 Prozent gestiegen. Nach der Inbetriebnahme des neuen Flughafens Berlin-Brandenburg ist mit einer weiteren Zunahme der Gästezahlen zu rechnen. Mittelfristig will die Tourismus-Marketing Brandenburg GmbH (TMB) die Zahl der Übernachtungen ausländischer Gäste von derzeit rund 755.000 auf 1 Million steigern. Deshalb wirbt die

TMB schon jetzt auf dem Flughafen in Schönefeld für touristische Ziele in Brandenburg. Auf dem Flughafen Berlin Brandenburg wird sich die Hauptstadtregion mit ihrem touristischen Potential von Berlin und dem Brandenburger Natur- und Kulturraum gemeinsam präsentieren. Seit 2011 ist die Vielfalt der Region auch auf dem gemeinsamen Stand auf der ITB erlebbar.



Kristalltherme Bad Wilsnack

Das Wirtschaftsministerium rechnet bis 2015 mit einem Anstieg der Gästeübernachtungen auf 13 Millionen pro Jahr. Das wäre im Vergleich zu 1993 nahezu eine Verdreifachung. Auch der Deutsche Wandertag, der vom 20. bis 25. Juni 2012 im Fläming stattfindet, wird dazu beitragen, die landschaftlichen Reize der Region noch bekannter zu machen.

Bei allem ist Qualität der Schlüssel zum Erfolg und entscheidend für die Zufriedenheit der Gäste. Deshalb hat die Landesregierung die **Landestourismuskonzeption für die Jahre 2011 bis 2015** konsequent auf Qualitätssteigerung ausgerichtet. 270 touristische Unternehmen in Brandenburg tragen bereits das deutschlandweite Gütesiegel „ServiceQ“ für die nachhaltige und kontinuierliche Verbesserung der Servicequalität in ihren Betrieben.

Die Ausrichtung auf Thementourismus wie Wellness, Rad- und Wassertourismus sowie naturorientierten Tourismus wird ausgebaut.

Historische Städte und Dörfer sind wichtige touristische Ziele im Land Brandenburg. Mit der Sanierung der Stadt- und Ortskerne und der Entwicklung einheitlicher Wegeleitsysteme hat die Landesregierung die touristische Aufenthaltsqualität und Erlebbarkeit weiter verbessert.

Moderne Wirtschafts- und Strukturpolitik

25. Energiestrategie „Brandenburg 2030“ auf den Weg gebracht

Das Wirtschaftsministerium hat die **Energiestrategie 2030** vorgelegt. Die Landesregierung setzt damit den forcierten Ausbau Erneuerbarer Energien fort. Ihr Anteil am Primärenergieverbrauch soll bis 2030 von derzeit 16 Prozent auf 32 Prozent und beim Endenergieverbrauch auf 40 Prozent gesteigert werden. Beim gesamten Endenergieverbrauch wird eine Senkung um ca. 23 Prozent und beim Primärenergieverbrauch um 20 Prozent gegenüber 2007 angestrebt. Zur Gewährleistung einer zuverlässigen Systemintegration der Erneuerbaren Energien werden die Erforschung und Entwicklung von innovativen Energiespeichern sowie intelligenten Netzintegrationskonzepten forciert und unterstützt. Zugleich bekennt sich die Landesregierung zur Rolle Brandenburgs als Stromexportland und zu seiner Verantwortung für die nationale Versorgungssicherheit. Deshalb werden konventionelle Technologien wie Gaskraftwerke und Braunkohleverstromung als Brückentechnologien in eine nachhaltige Zukunft weiterhin notwendig sein. Dafür werden die Planverfahren für die Fortführung des bestehenden Tagebaus Welzow-Süd in den räumlichen Teilabschnitt II und für den neuen Tagebau Jänschwalde-Nord weitergeführt. Zugleich strebt die Landesregierung bis 2030 eine Reduktion der absoluten CO₂-Emissionen um 72 Prozent (auf 25 Millionen Tonnen jährlich) gegenüber 1990 an.



Schon jetzt hat Brandenburg eine **Vorreiterrolle** bei der Stromerzeugung aus **Erneuerbaren Energien** und bei der Entwicklung innovativer Lösungen zur Stromspeicherung inne. Zweimal, 2008 und 2010, wurde Brandenburg mit dem Leitstern für Erneuerbare Energien ausgezeichnet, in Brandenburg stehen die größ-

ten Solarparks Deutschlands und das Unternehmen Enertrag hat in der Uckermark mit dem Hybridkraftwerk eine Speichertechnologie für Strom aus Windkraft entwickelt, die dazu beitragen wird, das Risiko von Stromversorgungsschwankungen bei Windenergie zu mindern. Brandenburg ist Vorreiter bei der Nutzung der Erdwärme und erhielt dafür 2010 und 2011 den Ersten Preis der Erdwärmeliga.

Brandenburg hat seine Spitzenposition in der Klima- und Klimafolgenforschung weiter ausgebaut. So hat das **Potsdamer Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS)** 2009 seine Arbeit aufgenommen und widmet sich seither, flankiert vom Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung (PIK) und dem GeoForschungs-Zentrum (GFZ), transdisziplinär und international der Erforschung des Klimawandels, der Komponenten des Erdsystems und der Nachhaltigkeit. Gründungsdirektor ist der ehemalige Exekutivdirektor des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP), Prof. Dr. Klaus Töpfer.

Ab 2012 wird ein weiteres Forschungsinstitut im Bereich Klimawandel in der Hauptstadtregion seine Arbeit aufnehmen, das **Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change (MCC)**. Ziel des mit 17 Millionen Euro von der Mercator-Stiftung unterstützten neuen Instituts wird eine neue Form der Politikberatung sein, die Entscheidungsträgern Möglichkeiten aufzeigt, Gemeinschaftsgüter nachhaltig zu nutzen sowie die Grundlagen von Wachstum und Wohlstand neu zu definieren. Designierter Direktor des MCC-Instituts ist der stellvertretende Direktor des PIK, Prof. Ottmar Edenhofer, der zugleich auch Ko-Vorsitzender der Arbeitsgruppe III des Weltklimarates IPCC ist.

Die **„Forschungsplattform zum Klimawandel“** ist ein seit 2009 bestehendes Netzwerk aus insgesamt 23 Brandenburger und Berliner außeruniversitären Forschungseinrichtungen sowie Hochschulen, die u.a. in den Foren „Klima und Landnutzung im Wandel“, „Klimaverträgliche Strom- und Wärmeversorgung“, „Oxyfuel und CCS“, „Nachhaltige Kohlendioxidfixierung durch stoffliche Verwertung von Biomasse“ oder „Geothermie“ zusammenwirken.

Moderne Wirtschafts- und Strukturpolitik

26. Breitbandausbau im Land forciert

Die Breitbandversorgung und die damit verbundenen Dienste und Anwendungen, wie E-Business, E-Government, Telemedizin, E-Learning aber auch IPTV (Fernsehen), Smart Metering und Cloud Computing durchdringen alle wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereiche. Damit erlangt der Ausbau der Breitbandinfrastruktur als Standortfaktor eine zentrale Bedeutung für die langfristige Entwicklung aller Teilregionen des Landes.

In den großen Städten und hauptstadtnahen Ballungsgebieten hat der Aufbau einer leistungsstarken Internetversorgung bisher erfolgreich stattgefunden. Problematischer stellt sich die bisherige Entwicklung in den ländlichen Regionen dar. Das Land Brandenburg unterstützt seit 2009 auf der Grundlage der geltenden Förderrichtlinie Maßnahmen zum Breitbandausbau im ländlichen Raum. Die Fördermittel werden aus dem ELER und der Gemeinschaftsaufgabe Agrar- und Küstenschutz (GAK) zur Verfügung gestellt. In den vergangenen zwei Jahren haben EU und Landesregierung für den Breitbandausbau in Brandenburg fast 25 Millionen Euro in bislang mindestens 230 Maßnahmen, von denen mehr als 400 Orte und Ortsteile profitiert haben, investiert und damit deutlich zu einer Verbesserung der Versorgung beigetragen. Das im Januar 2012 vorgelegte Konzept „**Brandenburg - Glasfaser 2020**“ wird den Ausbau weiter vorantreiben und die Verfügbarkeit breitbandiger Anschlüsse verbessern. Der Schwerpunkt liegt dabei auf einer Breitbanderschließung fast aller Haushalte mit bis zu 50 Mbit/s bis 2020 auf der Basis von Glasfasernetzen. Das Land stellt hierfür Fördermittel aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) bereit.



Hochschule für Film und Fernsehen „Konrad Wolf“
in Potsdam

27. Attraktiver Medienstandort

Der Film-, Medien- und Kreativwirtschaftsstandort Brandenburg mit Babelsberg im Zentrum bietet alle Voraussetzungen für erfolgreiche Inhalte und Formate: von der Softwareentwicklung über Filmproduktionen bis hin zu den relevanten Ausbildungsgängen an der Hochschule für Film und Fernsehen (HFF Konrad Wolf) sowie den nötigen Förderungs- und Finanzierungsinstrumenten für alle Medienbereiche.

Potsdam blickt 2012 auf eine **100-jährige Tradition als Filmstadt** zurück. Im Februar 1912 fiel in Babelsberg die erste Klappe für den Film „Der Totentanz“. Die Filmstudios in Babelsberg sind damit die ältesten Großatelier-Filmstudios der Welt. Die Veröffentlichungen und Festveranstaltungen zu 100 Jahre Studio Babelsberg sind national und international sehr stark wahrgenommen worden und haben das positive Medienimage der Hauptstadtregion gestärkt.

Nicht nur das Jubiläum gibt Anlass zur Freude, sondern auch die Entwicklung der Film- und Medienwirtschaft heute. Mehr als 300 Filme werden jährlich in der Hauptstadtregion produziert. Sie hat sich damit zum **Filmstandort Nummer 1 in Deutschland** entwickelt.

Mit elf Filmen in den deutschen Kino-Top-15 sahen allein in 2010 über 50 Prozent der Besucher deutscher Filme Produktionen, die vom Medienboard Berlin-Brandenburg gefördert wurden. In 2011 hat das Medienboard Filmfördermittel in Höhe von 24,3 Millionen Euro an 263 Projekte vergeben. Die Produzenten und Kinobetreiber investierten insgesamt 90,4 Millionen Euro, wodurch sich ein Regionaleffekt von fast 400 Prozent ergibt! Das schafft Arbeitsplätze und ist nebenbei auch effektive Imagewerbung.

Moderne Wirtschafts- und Strukturpolitik

Bei internationalen Filmproduktionen ist die Studio Babelsberg AG deutschlandweit Marktführer. Davon zeugen u.a. die Oscar-Nominierungen von „Das weiße Band“, „Ajami“ oder „Anonymus“. Der Oscar für Christoph Waltz als bester Nebendarsteller in „Inglourious Basterds“, die Anwesenheit großer Stars wie z.B. Tom Hanks bei den Dreharbeiten zu „Der Wolkenatlas“ oder die Verleihung des Europäischen Filmpreises 2011 an den vom Medienboard Berlin-Brandenburg geförderten Dokumentarfilm „Pina“ von Wim Wenders lenken die Aufmerksamkeit der internationalen Filmbranche auf den traditionsreichen Film- und Medienstandort Babelsberg. Bei der Berlinale 2012 konnte zudem der komplett in Brandenburg produzierte Film „Barbara“ reüssieren. Christian Petzold erhielt für seinen Film den Silbernen Bären in der Kategorie „Beste Regie“.

Um die Attraktivität des Medienstandorts Berlin-Brandenburg zu steigern, hat das Land Brandenburg gemeinsam mit der ILB im August 2011 ein **neues Filmfinanzierungsprogramm** aufgelegt. Das mit 5 Millionen Euro ausgestattete Programm bietet Darlehen zur Schließung von Finanzierungslücken bei in der Medienregion Berlin-Brandenburg produzierten Filmen. Damit geht Brandenburg neue Wege in der Filmförderung und ergänzt das **Zwischenfinanzierungsprogramm** der Investitionsbanken Brandenburg und Berlin, mit dem 2011 rund 15 Millionen Euro bereitgestellt worden sind. Der Bedarf ist groß, da es bislang keine vergleichbaren Finanzierungsangebote von Geschäftsbanken gibt.

Neben Filmproduktionen gehört auch die **Fernsehindustrie** zum Medienstandort Babelsberg: Die UFA Film & TV Produktion GmbH hat 2011 ihre Unternehmensaktivitäten auch durch die Produktion einer zusätzlichen täglichen Fernsehserie in Potsdam erheblich ausgebaut. Mit der Ansiedlung von Stargate Germany GmbH, ein Joint-Venture zwischen der Grundy UFA TV Produktions GmbH und der Stargate Studios aus Los Angeles, konnte ein internationales Hightechunternehmen im Fernsbereich für den Standort gewonnen werden.

In der Medienstadt Babelsberg haben sich über 130 klein- und mittelständische Medienunternehmen mit weit über 2.500 Beschäftigten angesiedelt, vom technischen Dienstleister über den Spezialisten für visuelle Effekte bis hin zum Spieleentwickler. Die beiden Bun-

desverbände der deutschen Computerspieleindustrie, der Bundesverband für Interaktive Unterhaltungssoftware (BIU) und der Bundesverband der Computerspiel-Industrie (G.A.M.E), haben angekündigt, dass die **Stiftung für Interaktive Unterhaltungsmedien**, die Anfang 2012 gegründet werden soll, ihren Sitz in der Hauptstadtregion nehmen wird. Mit der Stiftung soll Deutschland als Standort für die Entwicklung und Produktion qualitativ hochwertiger interaktiver Medien gefördert werden.

Das neue SAP-Innovationszentrum, das derzeit am Potsdamer Jungfernsee entsteht, wird die Region als IT- und Forschungsstandort stärken und auf junge Forscher und andere Unternehmen der Softwarebranche weit über die Region hinaus ausstrahlen. Das Hasso-Plattner-Institut, eine der weltweit führenden Ausbildungsstätten für Softwaresystemtechnik, arbeitet bereits eng mit dem neuen sogenannten „Research-Lab“ zusammen.

Im Auftrag der Landesregierung hat die ZAB 2011 erstmals eine **Koordinatorin für die Kreativwirtschaft** eingesetzt. Ziel ist die noch engere Vernetzung der Brandenburger Kultur- und Kreativwirtschaft und damit auch stärkere Unterstützung des Clusters IKT/Medien/Kreativwirtschaft – eines der fünf länderübergreifenden Cluster in der gemeinsamen Innovationsstrategie der Länder Berlin und Brandenburg.

28. Jobmotor Flughafen Berlin-Brandenburg und Standortsicherung ILA

Seit Herbst 2006 wird der Flughafen Schönefeld zum Airport der Hauptstadtregion ausgebaut. Die Bauarbeiten zur Errichtung des neuen Flughafens Berlin Brandenburg laufen planmäßig. Am 7. Mai 2010 konnte der Rohbau abgeschlossen werden, derzeit werden die Testläufe zur Erprobung des Flughafenbetriebs durchgeführt.



Moderne Wirtschafts- und Strukturpolitik

Der Flughafenneubau erweist sich schon jetzt als **Jobmotor**. Insgesamt sollen durch den neuen Flughafen bis zu 40.000 direkte und indirekte Arbeitsplätze entstehen.

Die feierliche **Eröffnungsveranstaltung** des Flughafens Berlin Brandenburg wird am 24. Mai 2012 stattfinden. Zuvor wird es am 12. und 13. Mai „Publikumstage“ für alle Interessierten geben, die dann Teile des Gebäudes und des Geländes bereits vor der Eröffnung besichtigen können. Die Inbetriebnahme des neuen Flughafens wird am 3. Juni 2012 erfolgen, ab dann werden die Flugzeuge von und nach Berlin und Brandenburg nur noch von diesem einen Flughafen starten und landen. Die Flughafengesellschaft rechnet mit bis zu 27 Millionen Passagieren pro Jahr. Damit rückt Brandenburg noch näher an die Wirtschaftszentren der Welt und kann so zusätzliches Wirtschaftswachstum und positive Beschäftigungseffekte generieren.

Verkehrsanbindung: Passagiere werden den Airport mit dem Auto über die Autobahn A 113neu oder über die vierstreifigen Bundesstraßen B 96a, B 96, B 101 und B 179 erreichen können. Eine leistungsfähige Anbindung der Landeshauptstadt wird über das vierstreifige Landesstraßennetz der L 40 und der L 76, welches sich teilweise noch im Bau befindet, gewährleistet. Bahnreisende steigen im unterirdischen Terminalbahnhof in die Regionalbahnen und die S-Bahn. Sie erreichen beispielsweise nach kurzer Fahrt Potsdam und das südliche Berliner Umland oder sind in 30 Minuten am Berliner Hauptbahnhof. Die Schienenanbindung des Flughafens BER wird mit dem Ausbau der Dresdener Bahn noch weiter an Attraktivität gewinnen.

Am 4. Juli 2011 hat die Deutsche Flugsicherung (DFS) der Fluglärmkommission einen deutlich überarbeiteten Vorschlag für die künftigen An- und Abflugrouten des Flughafens Berlin-Brandenburg vorgestellt. Mit ihrem Vorschlag folgt die Deutsche Flugsicherung in weiten Teilen den **Empfehlungen der Fluglärmkommission**, die diese in intensiven Gesprächen in den vergangenen Monaten erarbeitet hatte. Das Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung hat am 26. Januar 2012 die **Flugrouten** endgültig festgelegt und ist dabei ebenfalls im Wesentlichen den Empfehlungen gefolgt.

Zur Minimierung des Fluglärms in den unmittelbar an den neuen Hauptstadtflughafen angrenzenden Gemeinden wurde ein umfangreiches Schallschutzprogramm aufgelegt, das spezielle Schutzgebiete ausweist. Insgesamt haben rund 25.500 Haushalte Anspruch auf effektiven **Schallschutz**. Ca. 65 Prozent haben bislang formlose Anträge auf Schallschutzmaßnahmen gestellt. Für ca. 14.000 Haushalte wurden bereits ingenieurtechnische Leistungen in Auftrag gegeben. Die Landesregierung setzt sich dafür ein, dass die Flughafengesellschaft bis zum Start des Flugbetriebs so viele Schallschutzmaßnahmen wie möglich realisiert.



Mit zuletzt 1.153 Ausstellern aus 47 Ländern, rund 235.000 Besuchern und Geschäftsvereinbarungen im Gesamtvolumen von mindestens 16,5 Milliarden Dollar (rund 14 Milliarden Euro) gehörte die Internationale Luft- und Raumfahrtausstellung **ILA 2010** zu den **größten Branchenmessen weltweit**.

Durch die Ausgaben der Besucher und Aussteller generierte die ILA 2010 nach Berechnungen eines unabhängigen Marktforschungsinstitutes einen Kaufkraftzufluss von etwa 190 Millionen Euro für die Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg. Umgerechnet auf die Beschäftigungssituation ergibt sich damit durch die ILA für die Dauer von zwei Jahren ein Effekt von 2.100 Arbeitsplätzen, die erhalten oder geschaffen werden.

Die Länder Berlin und Brandenburg haben sich deshalb gemeinsam erfolgreich für den Verbleib der ILA in der Region eingesetzt. Zur Entwicklung des neuen Messegeländes, das zukünftig neben anderen Messen auch für die Veranstaltungen der ILA genutzt werden soll, haben die Zukunftsagentur Brandenburg und die Messe Berlin GmbH am 10. November 2010 eine gemeinsame Tochtergesellschaft gegründet. Seither laufen die Arbeiten für die Fertigstellung der Liegenschaft in Selchow. Die ILA 2012 wird vom 11. bis 16. Septem-

Moderne Wirtschafts- und Strukturpolitik

ber 2012 stattfinden, Partnerland ist Polen.

29. Fachkräftesicherung: „Bilden – Halten – Gewinnen“

Der demografische Wandel ist eine der größten Herausforderungen des Landes. War es vor einigen Jahren noch schwierig, betriebliche Ausbildungsplätze für alle angehenden Lehrlinge zu finden, klagen brandenburgische Unternehmen inzwischen über Fachkräftemangel und unbesetzt gebliebene Lehrstellen. Bereits in der letzten Legislaturperiode hatte sich die Landesregierung den demografischen Herausforderungen am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt gestellt und mit dem **Bündnis für Fachkräftesicherung** ein Gremium geschaffen, das alle relevanten Akteure einbezieht und vernetzt. Das **Fachkräfteinformationssystem der LASA** enthält regionale, sektorale und berufsbezogene Daten zur Fachkräfteentwicklung. Die **Regionalbüros für Fachkräftesicherung** unterstützen und beraten Unternehmen vor Ort an sechs Standorten in Brandenburg.

Die **gemeinsam mit Berlin erstellte Fachkräftestudie** vom Februar 2010 hat den von der Landesregierung eingeschlagenen Weg grundsätzlich bestätigt und für das weitere Vorgehen eine strategische Ausrichtung auf Schwerpunktmaßnahmen empfohlen. Die Landesregierung hat diese Empfehlung aufgegriffen. Sie konzentriert ihre Maßnahmen zur Fachkräftesicherung darauf, Brandenburger **Fachkräfte zu bilden, zu halten** und für Brandenburg zu **gewinnen**.

Fachkräftesicherung durch Ausbildung und betriebliche Weiterbildung ist in erster Linie Aufgabe der Unternehmen, die sich in zunehmendem Maße auch den demografischen Herausforderungen stellen. So hat beispielsweise die Industrie- und Handelskammer Potsdam eine Kampagne gestartet, die unter dem Motto **„Mach es in Brandenburg!“** für eine Ausbildung hier im Land wirbt. Die Landesregierung unterstützt die Unternehmen bei



ihren Bemühungen, Fachkräfte auszubilden, da vor allem die vielen kleinen Betriebe im Land oftmals an finanzielle und personelle Grenzen stoßen, die einer ausreichenden Fachkräftesicherung entgegen stehen. So hat die Landesregierung zu Beginn des Lehrjahres 2011 ein Programm zur **„Förderung von qualifizierter Ausbildung im Verbundsystem“** gestartet. Das Land fördert damit die Ausbildung **in den Betrieben** mit insgesamt 13 Millionen Euro jährlich. Darüber hinaus unterstützt die Landesregierung die Unternehmen bei der Nachwuchsgewinnung, z.B. mit den Projekten **„Initiative Oberschule“** zur Weiterentwicklung der Berufsorientierung an den Schulen, dem **Zukunftstag für Mädchen und Jungen** zur Überwindung geschlechts-



spezifischen Berufswahlverhaltens, dem **Brandenburgischen Ausbildungspreis** und der Initiative **„Studium lohnt“** zur Erhöhung der Studierneigung im Land. Auch der **Tag des offenen Unternehmens** bietet Jugendlichen die Möglichkeit, sich über Ausbildungsangebote im Land zu informieren.

Lebenslanges Lernen ist eine zentrale Voraussetzung zur Sicherung von Fachkräftepotenzialen. Seit August 2009 werden mit dem **„Bildungsscheck“** individuelle, arbeitgeberunabhängige Qualifizierungsmaßnahmen für sozialversicherungspflichtige Beschäftigte mit Hauptwohnsitz in Brandenburg gefördert. Die **Weiterbildungsdatenbank** gibt Unternehmen, Beschäftigten und Arbeitssuchenden einen Überblick über ca. 18.000 aktuelle Bildungsangebote im Land. 2012 wird die Landesregierung ein **Weiterbildungsprogramm** vorlegen, in dem Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Weiterbildung gebündelt werden.

Neben der Ausbildung und dem Halten von Fachkräften ist der Landesregierung das Gewinnen von neuen Fachkräften wichtig. Ein **Internetportal „Rückkehrer/Zuwanderer“** ist dazu in Vorbereitung. Ziel dieses Portals ist es, die bestehenden Angebote des Landes zur Fachkräftegewinnung und -sicherung umfassend und übersichtlich darzustellen. Angestrebt ist eine Vernet-

Moderne Wirtschafts- und Strukturpolitik

zung mit regionalen Rückkehrinitiativen und mit der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg der Bundesagentur für Arbeit. Informationen zu den Lebensbedingungen in Brandenburg, zu den Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, über Lotsenprogramme zur Existenzgründung sowie Links zu Stellenbörsen und sektoralen Angeboten wie z.B. www.arzt-in-brandenburg.de sind geplant. Interessant für rückkehrwillige Brandenburgerinnen und Brandenburger dürften die Vernetzung mit den regionalen Angeboten der Landkreise und die Links zu Stellenangeboten der Regionalstellen der Bundesagentur für Arbeit sein. Das Portal soll im Laufe des Jahres 2012 freigeschaltet werden. Speziell für ausländische Zuwanderer wurde im Oktober 2011 das **Netzwerk „Integration durch Qualifizie-**

rung“ eingerichtet, das durch das Bundesministerium für Arbeit gefördert wird. Aufgabe dieses Netzwerkes ist es u.a., Informationen zur **Anerkennung nicht in Deutschland erworbener Berufsabschlüsse** und zu den Angeboten der Nachqualifizierung und Weiterbildung zu bieten.

„Bilden – Halten – Gewinnen“ wird für die Landesregierung auch in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode Motto ihrer Strategie zur Fachkräftesicherung sein. Es bildet das Fundament, um den demografischen Herausforderungen am Arbeitsmarkt begegnen zu können und das gleichzeitige Auftreten von Arbeitslosigkeit und Fachkräftemangel zu vermeiden.

Kulturland Brandenburg



30. Brandenburg bleibt Kulturland

Trotz der gegenwärtigen finanz- und wirtschaftspolitischen sowie demografischen Herausforderungen wird sich das Land weiter um den Erhalt und die Pflege seines kulturellen Erbes kümmern.

Dies trifft vor allem auf die **preußischen Schlösser und Gärten** zu – nicht nur im Jahr des 300. Geburtstages Friedrich II. Seit 2008 hat die Landesregierung im Rahmen des **Sonderinvestitionsprogramms** über 15 Millionen Euro bereitgestellt. Ein Großteil der Mittel fließt in die Sanierung des Neuen Palais' und seiner Kolonnaden, in die Wiederherstellung des Marmorpalais' und des Parks Babelsberg.

Ein wichtiges Ereignis 2011 war der 200. Todestag des Dichters Heinrich von Kleist. Mit einer Fülle von Veranstaltungen wie Theateraufführungen, Lesungen und Ausstellungen wurde des berühmten Sohnes der Stadt Frankfurt (Oder) gedacht, das Kleistmuseum konnte sich über einen Besucherrekord freuen. In 2011 wurde der Grundstein für einen **Erweiterungsbau des Kleistmuseums** gelegt.



Erweiterungsbau des Kleistmuseums

Ende Oktober 2011 hat das Kabinett beschlossen, die **erste Brandenburgische Landesausstellung 2014** in Doberlug zum Thema „Preußen und Sachsen – Szenen einer Nachbarschaft“ durchzuführen.

In Vorbereitung auf das Reformationsjubiläum 2017 und den 500. Jahrestag von Luthers Thesenanschlag wird das Museum der Stadt **Mühlberg** zu einem modernen **reformationsgeschichtlichen Museum** und Ort der Erinnerung ausgebaut. Aus Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung werden dafür 588.000 Euro zur Verfügung gestellt.

Im Mai 2011 wurde die Forschungs- und Begegnungsstätte **Lepsius-Haus** im ehemaligen Wohnhaus des Theologen und Armenienforschers Johannes Lepsius eröffnet. Das **Fontane-Archiv** konnte sich im März 2011 über den Ankauf von Originalbriefen des Dichters und die Bereicherung seiner Sammlung freuen.

Auch in der **Gedenkstättenförderung** hat sich Einiges getan. Im Dezember 2011 konnte die Open-Air-Ausstellung auf dem historischen Gelände des ehemaligen KZ-Außenlagers „Klinkerwerk“ in Oranienburg eingeweiht werden. Am 18. April 2012 soll die Dauerausstellung im ehemaligen KGB-Gefängnis in der Potsdamer Leistikowstraße ihre Pforten für die Besucher öffnen. Die Gedenkstätte Seelower Höhen wird ihren Besuchern Ende 2012 ihre neue Außen- und Innenausstellung präsentieren. Unter Verwendung von Mitteln aus dem Vermögen der Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR wurden im Zeitraum 2009 bis 2011 54 Projekte mit einem Gesamtvolumen von 10,75 Millionen Euro gefördert, die das Ziel verfolgen, an die Zeit von 1933 bis 1989 zu erinnern, das Gedenken an die Opfer zu erhalten und sich mit der Geschichte auseinander zu setzen.

2012 wird Babelsberg ganz im Zeichen des 100. Geburtstages des Medienstandortes stehen. Das Filmmuseum hat aus diesem Anlass seine Dauerausstellung neu gestaltet.

Eine ganz eigene Erfolgsgeschichte schreiben die jährlichen Themenjahre unter der Dachmarke „Kulturland Brandenburg“. Allein 2011 verzeichneten die über 300 Veranstaltungen des Themenjahres „Licht | Spiel | Haus – Brandenburg und die Moderne in

Kulturland Brandenburg

Film, Kunst und Baukultur“ mehr als 320.000 Besucher aus dem In- und Ausland. Eine Zahl, die 2012 voraussichtlich noch übertroffen wird, wenn es aus Anlass seines 300. Geburtstages heißt: „Kommt zur Vernunft! Friedrich der Zweite von Preußen“.

Die Verlängerung des Theater- und Konzertverbundvertrages 2012 – 2013 für die Städte Brandenburg/Havel, Potsdam und Frankfurt (Oder) wurde einvernehmlich zwischen dem Land, den Kommunen und Einrichtungen beraten, so dass die Paraphierung in den kommenden Wochen vorgenommen werden kann. Die Verlängerung der Theaterverträge mit Schwedt

(Oder) und Senftenberg konnte 2011 unterzeichnet werden.

Mit der **Erhöhung der „Theaterpauschale“** gemäß § 5 BbgFAG 2011 und 2012 auf nunmehr 17 Millionen Euro ist ein weiterer wichtiger Schritt zur Erhaltung und Sicherung der Theater- und Orchesterlandschaft in Brandenburg unternommen worden. Die Erhöhung ermöglicht es den Ensembles in freier oder kommunaler Trägerschaft in zahlreichen, zumeist strukturschwächeren Kommunen, eine Vielzahl von kulturtouristischen Veranstaltungen und Projekten der Kulturellen Bildung durchzuführen.

Fazit

Soziale Gerechtigkeit und ein solidarisches Gemeinwesen bleiben Richtschnur des Handelns. Die Landesregierung tritt ein für gute Bildung und Aufstiegschancen für alle, für mehr und gute Arbeit im Land, aber auch für eine wettbewerbsfähige, innovative Wirtschaft und solide Finanzen. Im Sinne dieser Prinzipien wird die

Landesregierung in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode ihre Arbeit fortsetzen.

Die Zustimmung der Brandenburgerinnen und Brandenburger bestätigt diesen Kurs. Laut einer aktuellen Umfrage äußern sich 62 Prozent zufrieden mit der Arbeit der Landesregierung, Über 90 Prozent leben gern in Brandenburg. Dies ist für die Landesregierung Ansporn, in ihren Anstrengungen nicht nachzulassen.

Staatskanzlei des Landes Brandenburg

Heinrich-Mann-Allee 107
14473 Potsdam

Bildnachweis:

S. 3 brandenburg.de, S. 4 ZAB, S. 6 Studentenwerk/MWFK, S. 7 MASF, S.8 MUGV, S. 10 Fotolia,
S. 11 Studentenwerk/MWFK, S. 13 brandenburg.de, S. 14 ZAB, S. 15, 16, 17, 18 brandenburg.de,
S. 19 Ministerium der Justiz, 21 Fotolia, S. 21 Landkreis Spree-Neiße, S. 23 LBV Raumbewachung,
S. 24 ZAB, S. 25 Agentur für Erneuerbare Energien, S. 26 ZAB, S. 27 Fotolia, S.28 (oben) Fotolia,
S. 28 (unten) brandenburg.de, S. 30 ZAB, S. 31 brandenburg.de, S. 32 (oben) ZAB, S. 33 TMB, S. 34 ZAB

März 2012

Druck und Layout:
Staatskanzlei der Landesregierung Brandenburg

Diese Publikation wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der brandenburgischen Landesregierung herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlbewerbern oder Wahlhelfern im Zeitraum von sechs Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für die Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Publikation nicht so verwendet werden, dass es als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte.